

Heimatwelt



Mit Beiträgen von
Gemeinde Weimar
Gemeindearchiv
Geschichtsverein Weimar

Heft Nr. 46/2010

Herausgeber
Gemeindevorstand der
Gemeinde Weimar (Lahn)

Inhalt

Das Wichernhaus in Niederweimar und seine Geschichte von Hans Schneider	3
Der Architekt des Wichernhauses und die Heimatschutzbewegung von Siegfried Becker	5
Das Gemeindehaus Huteweg 2 in Niederweimar von Hans Schneider	12
Die Schwesternstation und Diakoniestation in Roth von Otto Weimar	15
Die alte Schule in Niederweimar von 1863 von Hans Schneider	17
Meine Erinnerungen an die Hamsterzeit von Hans Schneider	21
Johann Friedrich (1563-1629) aus Wolfshausen von Friedrich von Petersdorff	24
Eine Skizze zu Carl Bantzers „Abendmahl“ aus Niederwalgern von Siegfried Becker	26
Die Erfassung von Wenkbach im Ostsiedlungsprojekt der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung 1936-1943 von Siegfried Becker	30

Kleine Mitteilungen

Der „Wiesengarten“ in Niederwalgern (S. Becker)	11
Eine kuriose Deutung des Familiennamens Zick/Zück (S. Becker)	16
Hausnamen-Missverständnisse (S. Becker)	29
Ein Foto der Kastanienallee am Waldschlösschen bei Argenstein (G. Klein)	42

Bücherschau

Dieter Prinz: Sagen und Geschichten aus dem Gleiberger Land und Umgebung (S. Becker) ...	10
Aus der Geschichte der Familie Schenck zu Schweinsberg [Kalender] (S. Becker)	20
Neue Schriftenreihe der Gemeinde Weimar (S. Becker)	23
Barbara Wagner: Die jüdischen Friedhöfe [...] in Fronhausen, Lohra und Roth (S. Becker) ...	25

Das Wichernhaus in Niederweimar und seine Geschichte

von Hans Schneider

Wurde in vergangenen Jahren oder Jahrzehnten vom Wichernhaus in Niederweimar gesprochen, so wusste die ältere Bevölkerung in unserem Ort sofort, dass es sich um das baulich ansprechende Fachwerkgebäude im Huteweg 6 handelt. Viele Erinnerungen werden bei der Bevölkerung geweckt, wenn hiervon geredet wird. Die Gläubigen hatten einen besonderen Bezug zu diesem Gebäude.

Das Haus wurde in den Jahren 1937/38 durch den Kirchenkreis Marburg als Wohnung für den Kreisdiakon errichtet. Außerdem bekam das Gebäude eine Gemeindestube (kleiner

Saal) für Jugendarbeit; so steht es in der Baubeschreibung. Das Gebäude wurde auf einem der Kirchengemeinde Niederweimar gehörenden Grundstück errichtet. Durch Erbpachtvertrag vom 1. April 1937 wurde dem Kirchenkreis Marburg das Grundstück für 99 Jahre überlassen. Der Vertrag beinhaltete, dass ein jährlicher Erbbauzins von einem 1825/2000 tausendstel Doppelzentner Roggen vom Erbbauberechtigten zu zahlen war. Statt Roggen konnte der Grundstückseigentümer auch 20 Goldmark verlangen. Ob der Mietzins jemals bezahlt wurde, wäre zu untersuchen.



Das Wichernhaus vor dem Verkauf im Jahr 1977

Wegen der fehlenden zentralen Wasserversorgung in Niederweimar musste ein Brunnen gegraben werden. Für die Fäkalien wurde eine Zweikammergrube errichtet. Die Baubeschreibung beinhaltet weiter, welche Baumaterialien zur Durchführung verwandt werden mussten. Es wurde besonderer Wert auf Bedachung mit Biberschwanzziegeln gelegt. Planer und Bauleiter war Architekt Karl Rumpf aus Marburg. Mit den Bauarbeiten wurde im Herbst 1937 begonnen; sie wurden im Jahr 1938 abgeschlossen. Nach Fertigstellung bezog Kreisdiakon Emil Schmidt die Wohnung. Vorrangig bestand seine Aufgabe in der Jugendbetreuung auf Kreisebene. Der kleine Saal (in der Bauges-

nehmung: Gemeindestube) diente kirchlichen Veranstaltungen und stand geistlichen Andachten zur Verfügung. So konnte der im Jahr 1935 gegründete Kirchenchor nach Fertigstellung des Gebäudes einziehen und seine wöchentlichen Chorproben durchführen. Auch die Frauenhilfe sowie die ev. Jugendgruppen fanden hier für ihr wöchentliches Treffen eine Bleibe. Kurz vor der Fertigstellung des neuen Gemeindezentrums fanden sich eine Anzahl Frauen mittleren Alters, die im Wichernhaus einen großen Teppich für den Altar in der neuen Kirche in wochenlanger Arbeit geknüpft haben. Weitere weltliche Vereine oder Verbände nutzten gelegentlich den Saal, weil die

politische Gemeinde Niederweimar keine ähnlichen Räumlichkeiten anbieten konnte. So wurde dort im Jahr 1970 auch der Bürgerverein ins Leben gerufen. Nachdem 1974 das neue Ev. Gemeindezentrum fertig gestellt war, zogen die vorgenannten Gruppen dorthin um.

Das Wichernhaus wurde nach dem Theologen und Sozialreformer Johann Hinrich Wichern benannt, dessen 200. Geburtstag im Jahr 2008 begangen wurde. Wichern gründete in Hamburg das „Rauhe Haus“ als „Rettungsanstalt für sittlich verwahrloste Kinder“ und gilt als Begründer der Diakonie. Er wurde von der Preußischen Regierung mit der Reformierung des Gefängniswesens beauftragt und war eine vielgefragte Persönlichkeit, wenn es um kirchliche Belange ging. Der am Grundstück vorbeiführende Verbindungsweg zwischen dem Alten Dorf und dem Huteweg erhielt seinen Namen. Durch die Überführung der Main-Weserbahn hat der Johann-Hinrich-Wichernweg seine Verbindung zum Huteweg verloren.

In den Jahren ab 1948 bemühte sich die Kirchengemeinde Oberweimar, das Gebäude vom Kreiskirchenamt Marburg als Wohnung für einen zweiten Pfarrer im Kirchspiel zu erwerben. Diese Bemühungen scheiterten. Die Kirchengemeinde sah sich gezwungen, ein Pfarrhaus zu bauen. Sie stellte einen Bauantrag für ein neues Pfarrhaus auf dem angrenzenden Pfarrgrundstück neben dem Wichernhaus, der am 14. September 1948 durch das Kreisbauamt genehmigt wurde. Der Superintendent des Kirchenkreises wies allerdings mehrmals auf die schwierige Beschaffung von Baumaterialien und Einrichtungsgegenständen für den Neubau hin. Für Öfen, Waschkessel und Metalleinrichtungen usw. mussten sogar „Eisenscheine“ vorgelegt werden. Bedenken, die heute nicht vorstellbar sind. Die Wirren des Krieges waren noch voll spürbar. Der schleppende Fortgang der Baumaßnahme wurde durch den neuen Pfarrer, Herrn Endter, in mehreren Schreiben beklagt, wobei er auf seine unbefriedigenden Wohnverhältnisse verwies, und dass dadurch sein Pfarrdienst leiden würde. Unterstützt wurden diese Eingaben durch den Kirchenvorstand. Auch die Landes-SPD schaltete sich in einem mehrseitigen Schreiben vom 15. Januar 1951 hier ein und suchte nach Lösungen. Es gab in der Sache keinen Fortgang. Nach einem Vermerk des Landeskirchenamtes vom 31. Januar 1951 wurde eingesehen, dass ein Pfarrhaus-Neubau notwendig war. Zwischenzeitlich bemühte sich das Schulamt des Kreises, das Wichernhaus für schuli-

sche Zwecke anzumieten. In dem Schreiben wurde auch erwogen, auf die Alte Schule (das ehemalige Bürgermeisteramt) zurückzugreifen, da diese noch nicht entwidmet war. Aber hier war der bestehende Kindergarten im Wege. Nun war der Bauantrag für ein neues Pfarrhaus neben dem Wichernhaus schon über zwei Jahre genehmigt, und man trat auf der Stelle.

Dann kam die Wende: Nach weiteren vorherigen Absprachen mit dem Kirchenkreis willigte dieser jetzt doch ein, das Wichernhaus der Kirchengemeinde Oberweimar für ein Pfarrhaus zu verkaufen. Damit wurde der genehmigte Bauantrag vom 14. September 1948 für ein neues Pfarrhaus gegenstandslos. Am 16. März 1953 erhielt die Kirchengemeinde Oberweimar vom Landkreis die Genehmigung für den Umbau des Wichernhauses. Mit Vertrag vom 30. Dezember 1953 erwarb das Kirchspiel Oberweimar das Wichernhaus von dem Kirchenkreis zu einem Preis von 22.000,-DM. Die Umbau- und Sanierungsarbeiten am Gebäude konnten beginnen. Im Jahre 1947 wurde in Niederweimar durch das Kirchspiel Oberweimar eine Hilfs-Pfarrstelle eingerichtet, die im Jahr 1949 in eine ordentliche Pfarrstelle umgewandelt wurde. Die Stelle erhielt Pfarrer Hanns Endter, der privat zur Miete wohnte. Nachdem der Umbau des Wichernhauses für eine Pfarrerwohnung, im Jahr 1953 abgeschlossen war, wurde das Haus von Pfarrer Endter mit seiner Familie bezogen. Hiermit war der Auszug des Kreis-Diakons Emil Schmidt verbunden, der seine Tätigkeit von seiner neuen Wohnung in Lohra aus führte.

Im Jahr 1959 erhielt Niederweimar ein eigenes Kirchspiel, das sich aus den Orten Niederweimar, Gisselberg und Cyriaweimar zusammensetzt. Diese Dörfer wurden aus dem Kirchspiel Oberweimar ausgegliedert. Das Johann-Hinrich-Wichernhaus, das bis dahin im Eigentum des großen Kirchspiels Oberweimar stand, ging in das neue Kirchspiel Niederweimar über. Somit hat das neue Kirchspiel Niederweimar auch ein Pfarrhaus. Mit der Errichtung des neuen Pfarrhauses in der Straße „Zur Kirche“, also neben dem ev. Gemeindezentrum, wurde das bisherige Pfarrhaus, bei der Bevölkerung immer noch als „Wichernhaus“ bezeichnet, entbehrlich. Die Kirchengemeinde Niederweimar verkaufte es im Jahr 1977 an den heutigen Besitzer.

Quellen: Pfarramt Niederweimar. – Gemeindearchiv Weimar. – Ev. Dekanat Cölbe. – Helga Damm, ehem. Kirchenvorstandsmitglied. – Lydia Wenz, Mitarbeiterin im Kirchenamt Marburg.

Der Architekt des Wichernhauses und die Heimatschutzbewegung

von Siegfried Becker

Vor vielen Jahren schon ahnte ich beim Blick auf das markante Dach des Wichernhauses in Niederweimar, wer der Architekt gewesen sein könnte. Auch in Niederwalgern finden wir ja ein ganz ähnliches Gebäude mit geschweiftem Dach. Nach dem Tod von Pfarrer Ludwig Dettmering ließen seine Witwe Minna Dettmering und ihre Kinder Else Heldmann und Dr.

Otto Dettmering 1929 in einem Gartengrundstück „Auf dem Pflingstloch“ (heute: An der Neuen Schule) ein Wohnhaus errichten, das im Juli 1930 bezogen werden konnte (Dettmering 2010: 272-274). Wie das Wichernhaus wurde auch das Wohnhaus in Niederwalgern entworfen von Architekt Karl Rumpf (1885-1968) in Marburg.



Das Wichernhaus in Niederweimar, entworfen von Karl Rumpf (1885-1968) (Bildarchiv Foto Marburg)

Karl Rumpf war Architekt und Volkskundler. Aus einer Marburger Handwerker- und Kaufmannsfamilie stammend, absolvierte er eine Ausbildung an der Königlichen Baugewerk-

schule in Kassel, studierte an der Technischen Hochschule Karlsruhe (bei Carl Schäfer, dem Architekten der Marburger Universität am Lahntor) und an der Technischen Hochschule

München. Nach dem Examen beteiligte er sich 1911 an Wettbewerben zum zeitgemäßen Bauen und lieferte unter anderem Entwürfe zu Einfamilienhäusern für den Holzhauspark in Frankfurt am Main. Sie zeigen bereits jene geschweifte Dachform, die zu einem seiner Kennzeichen werden sollte (Höck in Leinweber 1989: 27).

Rumpf entwickelte darin einen eigenständigen Stil, nahm aber mit der Fachwerkkonstruktion, die er wie am Wichernhaus manchmal für die Obergeschosse seiner Bauten entwarf, Anregungen der Heimatschutzbewegung auf, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts auf die Erhaltung der alten Ortsbilder hinwirkte. Auch Neubauten sollten den vorhandenen, historisch gewachsenen Ortsbildern angepasst werden, was 1907 zum preußischen Gesetz gegen die bauliche Verunstaltung führte (Bauer 2001).

Die Heimatschutzbewegung war Teil eines gesellschaftlichen Prozesses, der in der Hochindustrialisierung mit ihren Erfahrungsbrüchen, mit ihrer Beschleunigung des Alltagslebens eine Inszenierung von Heimat im kulturellen Gedächtnis eingeleitet hatte. Heimat wurde zur Beschreibung des Vergehenden, des Verlorenen – und auch: des Nie-da-Gewesenen, des Ideals. Die Landschaften, die zu Heimatbildern komponiert wurden, beschrieben Ideallandschaften oder doch idealistisch überhöhte Landschaften, Träume von unberührter Natur und sozialer Harmonie. Diese restaurative Absicht der Agrarromantik wird vor allem im Werk von Heinrich Sohnrey (1859-1948) deutlich, der sich im „Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege“ mit zahlreichen, sozialpolitisch engagierten Beiträgen für eine Bekämpfung der Abwanderung vom flachen Land einsetzte. 1904 wurden zudem mit der Gründung des Bundes Heimatschutz Erhaltungsmaßnahmen für die „Volkskunst auf dem Gebiete der beweglichen Gegenstände“, für „Sitten, Gebräuche, Feste und Trachten“ proklamiert.

Im Heimatbegriff ist damit eine Ambivalenz der Vergangenheits-Zukunfts-Beziehung enthalten, die seine Bedeutungen im 20. Jahrhundert geprägt hat. Sie rührt aus zeitlichen und räumlichen Erfahrungen des Fortschritts her; denn das Zurücksehen und Zurückkehren setzt das Fortgewesensein voraus, die Kenntnis der Ferne, die Befriedigung des Fernwehs. Die Heimat, die nun entdeckt, gefunden und erfunden wurde, konnte nur aus diesen Perspektiven einer gesellschaftlichen Öffnung nach außen hin erfolgen. Die Entdeckung der Heimat, die

Heimatschutzbewegung und die Heimatkunst am Beginn des 20. Jahrhunderts sind nicht aus sich selbst heraus zu erklären; sie waren auch Antwort und Spiegel einer Entdeckung und Erschließung der Ferne. Man begann zu reisen, und mit dem Kolonialismus der wilhelminischen Zeit übten auch ferne Länder einen Reiz auf Sinne und Sehnsüchte aus, der noch aus Reiseführern und Reiseliteratur von damals herauszulesen ist, Beschreibungen des Pittoresken, Malerischen, jenes Schwelgen in Augenlust und Gaumenfreuden, das die Annäherungen an das Fremde so angenehm machte.

Rumpf ist auch dafür ein bezeichnendes Beispiel. An einem schweren Nierenleiden erkrankt, reiste er 1912 nach Ägypten, wo er sich von einer Kur im warmen mediterranen Klima Besserung erhoffte. Ägypten selbst hat ihn nie losgelassen; hier hatte er schon begonnen, die Museumsbestände zu zeichnen, und über einen Wettbewerb war ihm sogar der Eintritt ins Ministerium geglückt, wo er für die arabische Denkmalpflege tätig werden konnte, ehe er nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges Ende November 1914 mit einem englischen Gefangenentransport nach Malta gebracht wurde, wo er seine Arabischkenntnisse noch vertiefte.

In den Erfahrungen der Fremde werden vielfach Anklänge eines Wiedererkennens der eigenen kleinen Welt, des Daheim, deutlich, jene Perspektiven, die das *Eigene im Fremden* suchen. Das nennen wir den ethnomethodologischen Modus des Fremdverstehens aus der Kenntnis des Eigenen, des eigenen Alltagswissens. Mit dem allmählichen Verstehen des Fremden aber veränderte sich der Blick auf das Eigene. Es wurde nun auch das *Fremde im Eigenen* gesucht, die vermeintlich archaischen Relikte einer bäuerlichen Kultur, Bilder, die bis heute nachwirken, wenn von Heimat die Rede ist.

Auch dies finden wir bei Karl Rumpf wieder: 1918 übernahm er, nach Marburg zurückgekehrt, die Betreuung der Sammlungen des Marburger Kunst- und Altertumsvereins, und wandte sich damit auch den heimischen Museumsbeständen zu. 1919 trat er als Teilhaber in das Büro des Architekten August Dauber ein; 1927 eröffnete er dann ein eigenes Büro. Inzwischen gehörte er auch zum Künstler- und Freundeskreis um Carl Bantzer, und er begann nicht nur mit den Aufmaßzeichnungen von Dorfkirchen und Bauernhäusern, bäuerlichem Hausrat und Arbeitsgerät, Mobiliar und Haus-türen, sondern bereitete auch schon Aufsätze

zur hessischen Volkskunst und zur Keramik vor. Diesen Themen hat er sich seitdem neben seinem Beruf als Architekt intensiv gewidmet und ein umfangreiches dokumentarisches Werk geschaffen – Ausdruck der Hinwendung zur regional geprägten Kultur der kleinen Leute in einer Zeit, als diese Ausdrucksformen der Volkskultur selbst schon im Verschwinden begriffen waren.

Rumpfs Biographie verdeutlicht exemplarisch, dass es nicht allein Verlusterfahrungen waren, nicht nur die Wahrnehmungen einer Veränderung von Dörfern und Landschaften in der Industrialisierung, die zur Konstruktion von Heimat führten, sondern auch Wahrnehmungen der Ferne. Das Eigene wurde aus dem Fremden neu gesehen und neu erfahren, Fremd- und Selbstbild korrespondierten miteinander – eine Veränderung des Eigenen durch die Aufnahme des Anderen. Es ist ein Prozess, der individuell abläuft und ablaufen muss, der jeden Menschen zu einem eigenen, ganz persönlichen Heimatbild führt. Doch die Crux des Heimatbegriffes, seine Katastrophe im 20. Jahrhundert war, dass er seit dem großen Krieg an seinem Beginn immer wieder für kollektive Ideale und Ideologien missbraucht wurde.

Jetzt begann eine problematische, eine unrühmliche Karriere des Begriffes Heimat. Indem er für etwas verwendet wurde, das schon nicht mehr war, das sich auflösen begann, erfuhr er eine Aufladung, in der einer Überhöhung des Schönen die Ausgrenzung des Unansehnlichen, des Bedrohlichen, des Fremden gegenübergestellt wurde. Heimat stand für das Schöne: für die schöne Landschaft, die der Industrielandschaft entgegengesetzt wurde, für den schönsten Wiesengrund, der dem Verkehr und der Geschäftigkeit, für das Festliche, das dem Alltag, für das Vergangene, das der Zukunft entgegengesetzt wurde. In einer Zeit, in der der wilhelminische Nationalstaat die landschaftliche Prägung von Kultur zugunsten der hehren Ideale von Volk und Vaterland aufzuheben begann, erhielt der Heimatbegriff gefährliche Potenz.

Aus der Heimat wurden, als völkische Ideologie sich ihrer annahm, die als fremd definierten und diskriminierten Elemente ausgegrenzt: die Juden, die Proletarier, die Sozialisten, die als vaterlandslose und heimatlose Gesellen verunglimpft wurden, weil sie sich im Klassenbewusstsein der Internationale nicht auf die räumlich definierte Heimatideologie des Nationalstaates festlegen ließen.

Es ist die Tragödie des Heimatbegriffes, dass er, der doch das persönliche Erleben, die individuelle Erfahrung des Raumes voraussetzt – und damit eben auch: ganz unterschiedlicher Räume und Wahrnehmungsmuster – in der völkischen Ideologie des Nationalsozialismus auf den politisch instrumentalisierten Begriff der Volksgemeinschaft bezogen und damit kollektiv gebraucht und missbraucht wurde. Er wurde zum Ausdruck eines Kollektivgefühls stilisiert, auf Staat und Volk – und damit auf Nation angewandt. Und dieses instrumentalisierte Kollektivgefühl wurde bis zuletzt, bis zum Zusammenbruch des NS-Staates gerade mit dem Heimatbegriff zur Raison gerufen wurde. Ich erinnere nur an den zynischen Ausdruck der „Heimatfront“, der für viele alte und junge Menschen den Tod bedeutet hat. Diese Diskreditierung des Heimatbegriffes hat freilich nicht davon abgehalten, ihn auch nach 1945 wieder zu verwenden und neu zu füllen.

Auch für diese politisch-ideologische Instrumentalisierung des Heimatlichen, der Dokumentation und Interpretation der Volkskultur liefert Rumpf ein Beispiel. 1943 erschien noch – mitten im Krieg und trotz der strengen Papierkontingentierung – seine „deutsche Bauernkunst“ als erster Band einer Schriftenreihe des Kurhessischen Landesamtes für Volkskunde (dazu Becker 2005). Rumpf hatte schon lange an diesem Werk zu den Strich- und Kerbschnittornamenten in der Volkskultur gearbeitet, ausgehend von den Schwälmer Brautstühlen, die als Rechtssymbol im bäuerlichen Haushalt den Deutungsversuch ihrer Ziermuster nahelegten. Dieser Versuch aber musste in der hohen Zeit der Sinnbilddeutung in völkischer Auslegung die Rekonstruktion „einer deutschen Bauernkunst“ behandeln, die Wiederfindung dessen, „was zunächst als das Besondere, das spezifisch Hessische galt, [...] als das alle deutschen Stämme umschließende“. Zähes Festhalten an der Ursprungsform wollte Rumpf unter Berufung auf Weigel, Strzygowski und Strobel darin nachweisen als Antrieb einer „bis in die germanische Vorgeschichte, ja zum Teil bis in die Steinzeit zurück“ reichenden Ausdrucksform einer eigenen Veranlagung arischer Völker. Das waren nicht bloß Formulierungen, die dem Text zugefügt wurden, um sein Erscheinen mitten im Krieg zu rechtfertigen; die Absicht des Buches selbst war auf die Erschließung des Sinngehaltes der geometrischen Ornamentik als weit zurückführender „Frühkunst“ in den archaischen bäuerlichen Kulturschichten des alten Europa ange-

legt. Im großen Katalog zur Ausstellung des Rumpfschen Werkes 1989 in Kassel ist diese Absicht der Sinnbilddeutung im Kontext der

völkischen Ideologie übergangen worden (vgl. Leinweber 1989).



Das Wichernhaus in Niederweimar, Nordost- und Nordwestseite (Bildarchiv Foto Marburg)

Der Leiter des Landesamtes Bernhard Martin, der das Buchprojekt 1940 dem Landeshauptmann vorschlug, bemühte sich energisch, für das mit zahlreichen Farbtafeln auszustattende Werk Druckkostenzuschüsse einzuwerben.

Nach Klärung der finanziellen Fragen stellte sich dann aber im Januar 1942 aufgrund der Rationierung die Papierbeschaffung als größeres Problem heraus. Martin, fest entschlossen, das Projekt auch mitten im Krieg zu realisieren, ersuchte um Intervention des Gauleiters, doch Landesrat Schlemmer erschien eine Genehmigung durch die Reichsschrifttumskam-

mer als zuständiger Behörde fraglich. Daraufhin wandte sich Martin an Hans Strobel, der als Leiter des Amtes für Fest- und Fei ergestaltung in Berlin über beste Kontakte zu Alfred Rosenberg verfügte, um ihn für eine Förderung des Projektes zu gewinnen.

Die Veröffentlichung kam tatsächlich zustande. Mit einem Geleitwort von Philipp Prinz von Hessen, dem Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, als erster Band der Schriften des Landesamtes auf den Weg gebracht, rechte fertigte Martin darin die Drucklegung im Krieg mit Worten, die nicht mehr nur als verbale

Zugeständnisse angesehen werden können, sondern in der Zeit der Verfolgung und Vernichtung als nichtarisch deklarerter Menschen als zynisch zu werten sind.

Karl Rumpf selbst ist so weit nicht gegangen. Er beließ es beim Beschreiben und Deuten

der „Sinnbilder“. Und doch hat er damit die Behauptung einer Kontinuität der Symbole und ihrer Sinngehalte über lange Zeiträume hinweg wissenschaftlich gestützt.



Das Wichernhaus in Niederweimar, Nordwestseite (Bildarchiv Foto Marburg)

Karl Rumpfs Interesse an den alten Zier- und Schmuckformen der Bauernhäuser, am Kratzputz und seinen Symbolen wird auch in der Ausschmückung des Fachwerk-Obergeschosses am Wichernhaus deutlich, die er mit seinem Bauplan in Auftrag gab: eine reiche Gestaltung der Gefache mit weiß hervorgehobenen Kratzputzornamenten lässt sich auf den Fotos ablesen, die im Bildarchiv Foto Marburg erhalten sind. Die Betonung christlicher Sym-

bole nimmt die Widmung des Gebäudes auf, und auch in der Bauinschrift wird darauf hingewiesen. Über der Vorhalle zur Eingangstür ist mit Frakturbuchstaben in den Balken eingeschnitten: *Johann · Hinrich · Wichern · Haus*, und darunter: *19 38*. Das Erbauungsjahr ist zudem als Kratzputzfeld an der Nordostseite festgehalten. Eine weitere Bauinschrift ist in lateinischen Versalien an der Nordostseite im Balken eingeschnitten: *IHR ALS DIE LEBEN-*

*DIGEN STEINE BAVET EVCH ZVM GEIST-
LICHEN HAVSE VND ZVM HEILIGEN
PRIESTER-TVM.* Das ist Vers 5 aus 1. Petrus
2. Fachwerkkonstruktion und Kratzputzorna-
mente sind nicht der Erbauungszeit und den
politischen Erwartungen geschuldet, sie spie-
geln vielmehr Rumpfs frühe Einbindung in die
Gestaltungsprinzipien der Heimatschutzbeweg-
ung, eine ästhetische Anlehnung an die tra-
dierten Bauformen des hessischen Fachwerk-
baus. Und doch zeigen auch sie, dass sich diese
bewusste Wiederaufnahme einer bäuerlichen
Baukultur durch die Heimatschutzbewegung in
die Vorstellungen baulicher Gestaltung im
„Dritten Reich“ einfügte, sich bruchlos verein-
nahmen und fortführen ließ.

Quellen und Literatur: Bildarchiv Foto Marburg: Inv.-
Nrr. 415.095-415.097. – Becker, Siegfried: Bernhard
Martin und die deutsche Volkskunde in Marburg 1934-
1945. In: Kai Köhler, Burghard Dedner, Waltraud Strick-

hausen (Hrsg.): Germanistik und Kunstwissenschaften im
„Dritten Reich“. Marburger Entwicklungen 1920-1950.
(Academia Marburgensis 10) München 2005, S. 99-141.
– Bauer, Christine H.: Die Heimatschutzbewegung des
frühen 20. Jahrhunderts und deren Einflüsse auf den
Baualltag in Hessen. In: Denkmalpflege & Kulturge-
schichte 2001, H. 1, S. 27-33. – Dettmering, Erhart: Das
alte Pfarrhaus und seine Bewohner von 1718 bis 1975. In:
Niederwalgern 1235-2010. Ereignisse und Erinnerungen
aus 775 Jahren. Weimar/Lahn 2010, S. 255-276. – Höck,
Alfred: Karl Rumpfs Veröffentlichungen. In: Hessische
Blätter für Volkskunde 51/52, 1961, S. 174-176. – ders.:
Dr. h.c. Karl Rumpf †. In: Zeitschrift des Vereins für
hessische Geschichte und Landeskunde 79, 1968, S. 9-13.
– ders.: Dr. h.c. Karl Rumpf †. In: Zeitschrift für Volks-
kunde 64, 1968, S. 248-249. – ders.: Karl Rumpfs Veröf-
fentlichungen 1961-68. In: Hessische Blätter für Volks-
kunde 59, 1968, S. 208-209. – Leinweber, Ulf: Karl
Rumpf (1885-1968). Alte Handwerkskunst in dokumen-
tarischen Zeichnungen. Mit Beiträgen von Alfred Höck.
Katalog zur Ausstellung der Staatlichen Kunstsammlun-
gen Kassel im Ballhaus am Schloß Wilhelmshöhe, Kassel
1989.

Bücherschau

Dieter Prinz: *Sagen und Geschichten aus dem Gleiber-
ger Land und Umgebung.* Biebental: Selbstverlag Dieter
Prinz, 2009, 373 S., zahlr. Abb. farb. u. sw

Beim Ordnen handschriftlicher Aufzeichnungen und
heimatkundlicher Literatur entschloss sich Dieter Prinz,
eine Sammlung von Sagen und Erzählungen aus dem
Land an der Lahn bei Gleiberg und Gießen, aber auch aus
der südlichen Marburger Landschaft in Buchform heraus-
zugeben. Eine Fülle von Geschichten ist darin vorgelegt
worden – aus den Dörfern um Pohlheim bis nach Hohe-
nahr, von Wetzlar bis Fronhausen. Das Buch ist als leich-
te Lektüre zur Unterhaltung empfehlenswert, aufgelockert
durch zahlreiche Illustrationen, wozu vor allem
Zeichnungen von Otto Ubbelohde, Franz Ewert und
Wilhelm Weide herangezogen wurden. Freilich darf man
nicht allzu hohe Erwartungen daran stellen (und der
Autor hat wohlwissend mit dem selbst eingeräumten
Desiderat häufig fehlender Quellennachweise versucht,
der Kritik zuvorzukommen). Die immense Arbeit hätte
sich eher gelohnt, wäre größerer Wert auf sorgfältigere
Quellenangaben gelegt und dafür auf manche unnötige
Zugabe verzichtet worden. Dies betrifft vor allem die
Wappen, die den nach Gemeinden (und Ortsteilen) ge-
gliederten Artikeln jeweils vorangestellt sind. So sehr mit
dem Buch eine Identitätskonstruktion beabsichtigt ist, ja
der Autor auch heraldische Kenntnisse und gestalteri-
sches Geschick besitzt, so steht ihre Gewichtung doch in
keinem Verhältnis zu den knappen historischen Abrissen,
und sie sind dort, wo für nicht vorhandene Gemein-
wappen eigene Entwürfe angeboten werden, nicht immer
historisch begründet und nachvollziehbar: wie kommt

etwa die Rose (als Gerichtssymbol) in den Entwurf zum
Wappen von Oberwalgern? Das suggeriert eine rechtsge-
schichtliche Verbindung zur Weimarer Rose (die ja auch
junges Konstrukt ist) und damit zum landgräflichen
Gericht Niederweimar oder zum Reizberg, was beides
nicht haltbar ist. Mit „Zeichner unbekannt“ wurden Illus-
trationen untertitelt, die signiert und damit recherchierbar
sind – so S. 344 die Kirche in Fronhausen, und hier fällt
auch der für Augen und Ohren einheimischer Leser un-
sägliche (und heute leider immer häufiger gebrauchte)
Genitiv „Fronhausener“ auf – warum schreibt man nicht,
wie die Leute in den Dörfern sagen: „Fronhäuser“? Auf
der nächsten Seite ist dann die Sage vom Schnabelskreuz
wiedergegeben, wieder ohne konkrete Quellennachweise,
aber mit D. Prinz signiert (was nützt das stereotype „Aus
Notizen des Autors“?); S. 352 ist die alte Nixenerzählung
von der Marburger Elisabethmühle 1615 nach Bellnhau-
sen lokalisiert worden, ohne dass erkennbar wäre, ob D.
Prinz seine „Notizen des Autors“ aus der Literatur (v.
Pfister, Heßler, ja vielleicht sogar Winkelmann, Hornung,
Duising etc.) oder aus mündlichen Erzählungen hat (die
dann als Reoralisierung von Literatur, etwa aus dem
Schulunterricht, erkennbar wären). Solche Fragen nach
Rezeptionsprozessen sind leider nicht angedacht, ja viel-
leicht sogar bewusst umgangen worden (man meint sich
in die Zeit der Grimm-Epigonen mit ihren lapidaren
Angaben „mündlich“ zurückversetzt). So bleibt die
Sammlung bei allem vorgeblichen geschichtlichen Inter-
esse merkwürdig unhistorisch, und auch die marginalen
Literaturhinweise ermöglichen nicht wirklich eine kriti-
sche Vertiefung des Stoffs. S.B.

Kleine Mitteilung

Der „Wiesengarten“ in Niederwalgern. Flurnamen, die sich uns auf den ersten Blick wie von selbst erklären, müssen nicht immer das bedeuten, was sie vorgeben. Dies trifft etwa für den „Wiesengarten“ in Niederwalgern zu, nach dem heute die innerörtliche Straße benannt ist, die von der Gladenbacher Straße zwischen Lauersch Hof und dem Pfarrhaus hinunter zur „Bach“ und zur „Hofstatt“ führt. Ein Garten in den Wiesen an der Wälger Bach – so einfach mag man sich den Namen herleiten. Freilich wurde die Straße nach einem Garten benannt, doch mit Wiesen hat der Flurname nichts zu tun. Gegen-

über vom Pfarrhaus grenzt heute der Lauersch-Hof an die Straße „Am Wiesengarten“. Dort, wo heute Lauersch Scheuer und das ehemalige Gefrierhaus stehen, lag früher ein Gartengrundstück, das auf der Flurkarte von Johannes Scheffer 1794 (StAMR Karten B 268/ 269) halbmondförmig zum alten Pfarrhof (hier links oben im Bildausschnitt) hinweist; zwischen diesem Garten und dem Pfarrhof führte ein (hier weiß gelassener) Pfad vorbei an einer von Johann Georg Heuser (*Deis*) bewirtschafteten Wiese (Nr. 77) hinunter zur Bach: die heutige Straße „Am Wiesengarten“.



Als Besitzer des Lauersch-Hofes ist auf dieser Karte Johannes Kahl eingetragen. Sein Vater Johann Dietrich Kahl errichtete 1729 das alte, 1964 abgebrochene Wohnhaus dieses Hofes, der Lehngut der Schenken zu Schweinsberg war (vgl. Höck, Alfred: Das alte Haus von Niederwalgern. In: Hessenland, Beil. der Oberhess. Presse, 11, 1964, Folge 8); im Lager-, Stück- und Steuerbuch 1746 ist als Grundherr der Major Schenck zu Ofleiden angegeben. Nach dem Deutschordenshof zweitgrößter Hof des Dorfes, werden darin beide Höfe wegen ihrer bequemen Hofreiten hervorgehoben (vgl. Höck, Alfred: Die Dorfschaft Niederwalgern anno 1746. Aus einem Lager-, Stück- und Steuerbuch der Landgrafschaft Hessen-Kassel. In: Hessenland 12, 1965, Folge 2). Das zugepachtete Gut der Adligen von Döring zu Elmshausen wurde von Kahl für 450 Reichstaler erworben, so dass er nun 161 $\frac{3}{4}$ a 35 r Land bewirtschaftete. Der Hof war damit nach dem Deutschordensgut, das Peter Heuser in Erbleihe bewirtschaftete (*Deis*), der zweitgrößte des Dorfes (vgl. Kosog, Herbert: Niederwalgern im 18. und 19. Jahrhundert. In: Niederwalgern 1235-2010. Ereignisse und Erinnerungen aus 775 Jahren. Weimar/Lahn 2010, S. 45-58). Der Gerichtsschöffe Johannes Kahl heiratete 1767 Elisabeth Michel aus Niederwalgern; zwei Töchter

wurden geboren und ein Sohn Johann Helwig, der jedoch schon als Säugling starb. Als Erbin eingesetzt wurde Elisabeth Heuser, Tochter des Johann Georg Heuser in Niederwalgern, die 1782 Johann Henrich Lauer aus Großseelheim heiratete. Sie übergaben den Hof an ihren ältesten Sohn Johannes Lauer (1787-1822); seitdem erst trägt der Hof den Hausnamen *Lauersch*. Vorher hieß er: *Wiase*. Der Großvater des Johann Dietrich Kahl, Dietrich Kahl (1623-1693) aus Stedebach, heiratete 1652 Juliana Weber, die Tochter des Tobias Weber, nach dem der Hof benannt war, wie der Sterbeeintrag der Juliana Kahl (*Tobias Jülche*) 1709 im Kirchenbuch Niederwalgern zeigt (vgl. Schmidt, Andreas: Die Grabdenkmäler des 17., 18. und frühen 19. Jahrhunderts in der Kirche und auf dem Kirchhof. In: Niederwalgern 1235-2010, S. 59-103, hier S. 66ff). Auch die einheiratende Ehefrau ihres Sohnes Tobias Kahl, Anna Gerhardt aus Fronhausen, wurde nach der Heirat als *Tobias Enche* bezeichnet. *Tobiase* (ausgesprochen *Biase/Wiase*) war also der Hausname des Hofes, nach dessen Garten (*Wiase Goarde*) die Straße noch heute ihren Namen „Am Wiesengarten“ trägt. S. Becker

Das Gemeindehaus Huteweg 2 in Niederweimar

von Hans Schneider

Das Gemeindehaus im Huteweg 2 wurde als Nachfolgebau des ehemalige alten Hirtenhauses, das sich an der Straße „Altes Dorf“ zwischen den Grundstücken 8, 9 und 12, also vor der Kirche befand, errichtet. Das alte Haus wurde wegen Baufälligkeit im Jahr 1922 abgebrochen.

In dem zweistöckigen Gebäude befand sich im Unterschoss ein Backhaus, ein Raum für Feuerwehrräte sowie ein kleiner Raum zur vorübergehenden Festnahme von Straffälligen. Im Obergeschoss war eine kleine Wohnung mit einem Zimmer und einer Küche für den Gemeindegirten, sofern er nicht eine eigene Wohnung im Ort besaß. Anfang der zwanziger

Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde die Wohnung von einer Frau mit drei Kindern bewohnt. Der Zeitzeuge Heinrich Eidam, geboren 1909, erzählte mir im Jahr 2000 folgendes: „Als etwa Zehn- oder Zwölfjähriger spielte ich mit den Kindern der dort lebenden Familie und habe das Häuschen gut gekannt“.

Das Hüttchen, wie er es auch nannte, habe sich in einem desolaten baulichen Zustand befunden. Teils seien die Fensterscheiben kaputt gewesen, im Wohnzimmer habe man sich vorsichtig bewegen müssen, um nicht nach unten durchzubrechen. Auch der Treppenaufgang war halsbrecherisch. Die Mäuse gingen im Haus ein und aus.



Das alte Hirtenhaus wurde im Jahr 1922 durch die Gemeinde abgebrochen. Auf dem Bild ist das Gebäude zur Hälfte sichtbar. Eine Aufnahme von der Gesamtansicht ist nicht erhalten. Für die Gemeinde bestand Handlungsbedarf. Eine Sanierung oder ein Anbau an das

„Häuschen“ schien aussichtslos, zumal auch die Grundstücksfläche zu klein war. Man entschied sich für einen Neubau auf dem Grundstück im heutigen Huteweg Nr. 2.

Die Planungen für das neue Gemeindehaus gaben Anlass zu vielen Diskussionen, wie

berichtet wurde. Der in Sandstein eingehauene Spruch gibt Zeugnis hierüber. Die Vorstellungen, was alles in dem Gebäude untergebracht werden sollte, gingen bei den Ratsherren weit auseinander. Schließlich einigte man sich darauf, dass folgende Einrichtungen im Haus untergebracht werden: 1. ein Backhaus, 2. ein Sozialraum zur vorübergehenden Notaufnahme für Bedürftige, 3. ein Raum für das Unterstellen der Gemeinde-Feuerwehrspritze mit den Gerätschaften, 4. eine Wohnung, evtl. für einen Gemeindebediensteten (Hirten), 5. ein kleiner Raum im Keller für die vorübergehende Festnahme eines Straftäters. Der Eingang zu diesem Raum ist von außen zugänglich und noch

heute an den schweren schmiedeeisernen Beschlägen zu erkennen.

Auch hierzu erklärte der Zeitzeuge Heinrich Eidam folgendes: „Ich habe noch erlebt, dass der alte ‚Bruthoas‘ (Brothase), eine verwahrloste obdachlose Person, bei seinen Besuchen in Niederweimar stets straffällig geworden ist, indem er Brände an Gebäuden oder Strohhaufen im Feld legte. Man habe ihn dann in dem kleinen Gemeindegefängnis eingesperrt. Der Ortsdiener, der auch gleichzeitig Nachtwächter war, hatte hier die Aufsicht. ‚Wenn der ‚Bruthoas‘ wieder mal eingesperrt war, hatten wir Kinder und Jugendlichen stets unsere Freude daran“.



Das 1922 errichtete neue Gemeindehaus

Die Kontroversen unter den Ratsmitgliedern zur Erstellung des Gebäudes führten zu der Einsicht, diese in einem Spruch am Gebäude festzuhalten.

Im Keller-Mauerwerk des neuen Gebäudes ist an einer gut sichtbaren Stelle ein weißer Sandstein mit der Jahreszahl 1790 eingesetzt. Im Gegensatz hierzu besteht das gesamte Mauerwerk des Kellergeschosses aus rotem

Sandstein, der wohl aus den Steinbrüchen des Weimarer-Kopfes entnommen worden ist. Es ist anzunehmen, obwohl nicht durch Quellen zu belegen, dass dieser Stein mit der eingetragenen Jahreszahl von dem im Jahr 1922 abgebrochenen alten Hirtenhaus neben der Kirche stammen muss und hier zur Erinnerung an das alte Gebäude eingebaut wurde.



Das Grundstück vom alten Hirtenhaus wurde an den Nachbarn Ronzheimer im Jahr 1925 zu einem Preis von 2.000,- Mark verkauft. Dieser Geldbetrag war der Grundstock für das neue Gemeindegebäude im heutigen Huteweg 2, dessen Baukosten 14.142,25 Mark betragen (alle Rechnungen sind noch vorhanden).

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurden größere Veränderungen am Gebäude vorgenommen. Das Backhaus und der Sozialraum wurden entfernt, und die Poststelle zog in diese Räume ein. Auch für die Feuerwehrspritze wurde ein neues Domizil Anfang der siebziger Jahre geschaffen. Das kleine „Gefängnis“ in den Kellerräumen wurde nicht mehr gebraucht. Nachdem die Poststelle in den achtziger Jahren in die Herborner Straße umzogen war, wurde das Gemeindebauamt aus dem Rathaus in diese Räume ausgelagert. Heute dienen die Räumlichkeiten der Jugend als Treffpunkt. In dem Raum der ehemaligen Feu-

erwehr hat heute die DLRG ihre Gerätschaften untergebracht. Die obere Wohnung steht zur Zeit leer. Am Gebäude ist noch die Feuerwehrsirene angebracht. Vielleicht wird das Haus in Zukunft noch weiteren Verwendungszwecken dienen.



Die Schwesternstation und Diakoniestation in Roth

von Otto Weimar

„Im August 1927 wurde die Diakoniestation in Roth mit Wolfshausen und Argenstein eröffnet. Wenkbach hatte sich leider ausgeschlossen. Das Wohlfahrtsamt Marburg hat sich auf Veranlassung des Superintendenten Landau um die Errichtung sehr verdient gemacht. Die Ausstattung der Station ist wesentlich von ihnen bezahlt worden. Im August 1927 wurde Schwester Anna Hellmann in Anwesenheit der Frau Oberin des Diakonissen-Hauses Frankfurt und Pfarrer Dellit eingeführt. Die politischen Gemeinden tragen die Verantwortung für die Aufbringung der Kosten.“ So steht es in den Aufzeichnungen der Pfarrei Fronhausen, aufgeschrieben von Pfarrer Reinhold Dellit (1918-1929 Pfarrer in Fronhausen). Roth, Wenkbach und Argenstein gehörten bis zum 1. Juli 1957 zum Kirchspiel Fronhausen, Wolfshausen zum Kirchspiel Cappel. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung nach dem 1. Weltkrieg war allgemein gut, doch ein Teil der Landbevölkerung, davon der überwiegende Teil aus der Landwirtschaft, gehörte keiner Krankenkasse an. Viele Menschen waren nicht in der Lage, die ärztlichen Honorare zu bezahlen. Die Kranken wurden oft zu einem Pflegefall für die ganze Familie, unsachgemäße Pflege war häufig die Folge. Daher forderten die Gemeinden, unterstützt von Wohlfahrtsämtern, eine Verbesserung der Krankenpflege in den Dörfern.

So hat sich die Gemeindevertretung in Roth auf Drängen des Kreiswohlfahrtsamtes in einer Sitzung am 18. Juni 1926 auf die Errichtung einer Krankenpflegestation (Diakonissenstation) geeinigt. Es sollte eine gemeinsame Krankenpflegestation für die Gemeinden Roth, Argenstein und Wolfshausen mit dem Sitz in Roth werden. Zwischen den drei Gemeinden wurde zäh über den finanziellen Anteil jeder Gemeinde verhandelt. Auch wenn alle Beteiligten von der Notwendigkeit einer Krankenpflegestation überzeugt waren, drohte das Projekt an den Finanzen zu scheitern. Erst nach langen Verhandlungen und der Zusage des Kreiswohlfahrtsamtes, sich mit einem Zuschuss in Höhe von 200 Mark zu beteiligen, kam eine Einigung zustande. Die Gemeinden stimmten dem Sitz in Roth zu, eine angemessene Wohnung wurde bei Jost Grün in Roth gemietet. Die Kosten sollten für die einzelnen

Gemeinden so umgelegt werden: 50% auf den Grundsteuersoll und 50% nach der Einwohnerzahl. Der Vorstand der Diakonissenstation setzte sich wie folgt zusammen: Herr Pfeffer, Bürgermeister aus Roth, Herr Rauch, Bürgermeister aus Wolfshausen, und Herr Karber aus Argenstein, sowie je ein Mitglied aus der Gemeindevertretung unter dem Vorsitz von Pfarrer Dellit aus Fronhausen.

Im August 1927 kam ein Vertrag zwischen dem Diakonissen-Mutterhaus in Frankfurt und dem Vorstand der zukünftigen Diakonissenstation zustande. Die Vergütung wurde im Vertrag festgelegt. Die Gemeinden mussten monatlich 60 Mark an das Mutterhaus entrichten. Die Schwester wird vom Mutterhaus mit Kleidung und Taschengeld versehen, erhält jedoch eine angemessene freie Wohnung und ein monatliches Haushaltsgeld von 40 Mark. Die Diakonissen sollten ausgebildete Krankenschwestern sein und mussten sich nach der Ordnung des Mutterhauses richten (aus Akten im Gemeindearchiv). Aufgabe der Diakonissen war nicht nur die reine Krankenpflege, sondern umfasste auch den seelsorgerischen Bereich. Im ständigen Kontakt mit dem Pfarrer übertrug er ihnen die Leitung der Kindergottesdienste und die Betreuung der Schulkinder bei kirchlichen Veranstaltungen.

Die Schwestern, welche als Diakonissen in Roth, Wolfshausen und Argenstein im Dienst waren:

Anna Hellmann 31.8.1927 bis 21.8.1933

Christine Wertz 18.10.1933 bis 20.1.1948

Babette Michel 21.1.1948 bis Herbst 1960

Schwester Babette Michel wurde im Herbst 1960 abberufen, die Stelle wurde vom Mutterhaus in Frankfurt nicht mehr besetzt.

Die Einrichtung der Diakonie-Schwesternstation hat sich zum Wohle aller Kranken und hilfsbedürftigen Menschen bewährt. Anfang der 80er Jahre erinnerte man sich wieder an diese segensreiche Einrichtung. Um den kranken und pflegebedürftigen Menschen zu helfen, kam es 1982/83 zur Bildung einer Krankenpflegestation für die Kirchspiele Niederwalgern und Roth mit Sitz in Niederwalgern in der alten Schule. Die examinierte Kranken-

schwester Ingrid Otto übernahm nun diesen Dienst für zwei Jahre. Von September 1985 bis Juli 1988 war Christine Thullen für die zwei Kirchspiele zuständig. Danach wurde die Stelle auf zwei halbe Stellen aufgeteilt (Marita Franz und Veronika Barth, später Manuela Klefenz).

Die nächste Änderung trat am 1. Januar 1994 ein. Es wurde der Zweckverband „Zentrale Diakoniestation Fronhausen-Lohra-Weimar“ gegründet. Am 5. Juli 1995 wurde die Leitstelle im alten Bahnhof in Lohra eingeweiht. Mitglieder in diesem Zweckverband sind die politischen und die Kirchengemeinden. „Für die Diakonie unterwegs,

mehr als Pflege erfahren“ – unter diesem Leitspruch arbeiten heute die Schwestern und Krankenpfleger der Diakoniestation. Auch mit der Einführung der Pflegeversicherung ist die Finanzierung der Diakoniestation nicht einfacher geworden, denn unsere Diakoniestation soll mehr als nur eine Pflegestation sein. Alle Bürger in den Gemeinden können diesen Dienst in Anspruch nehmen. Um die Diakoniestation auch in Zukunft zu erhalten, wird das Engagement der Schwestern und Krankenpfleger, die Spendenbereitschaft wie auch die Beteiligung der politischen und der Kirchengemeinden nötig sein.

Kleine Mitteilung

Eine kuriose Deutung des Familiennamens Zick/Zück. Im Heft 42/2007 der Heimatwelt habe ich auf die mögliche Herkunft des Haus- und Familiennamens Zick/Zück hingewiesen, den das Salbuch des Gerichts Reizberg 1592 im Verzeichnis der *Ackerleute in Ahln* enthält (*Zick Donges*); unter den Hausgesessenen *Im dorff Allna* wird im Land- und Dorfbuch des Oberfürstentums Hessen 1629/30 *Jacob Zug der Zimmermann* genannt (StAMR Best. Salbücher, S 50 Land- und Dorfbuch des Oberfürstentums Hessen 1629/30, Bd. 1). Er geht sicherlich, wie auch die 1572 unter den *Eygen Leut zu Ayln* genannte *Zuck Elsa* erkennen lässt, auf einen Beinamen ‚Zuck‘ oder ‚Zück‘ (von ‚zücken‘) zurück, dessen vollständige Bedeutung vielleicht im Beinamen einer Hörigen *Else Czugskwerten* aus Cyriaxweimar im Salbuch von 1374 aufscheint (Küch, Friedrich: Die ältesten Salbücher des Amtes Marburg. In: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 29, 1905, S. 145-258; hier S. 214; vgl. Becker, Siegfried: Pflugbauern und Einläufige. Hörigkeit und Leibeigenschaft im Spätmittelalter. In: 750 Jahre Cyriaxweimar. Geschichte & Geschichten. [Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 89] Marburg 2008, S. 119-126). Er kam in dieser Form ‚Zuckschwert‘ auch andernorts in dieser Zeit noch mehrfach vor (Küch, Salbücher, S. 221: *Heinz Tzockeswert* zu Michelbach, und S. 175: *Hentz Czugeswert* zu Marburg).

Der erste Träger dieses Beinamens war sicherlich ein Mensch, der flink und behende, vielleicht auch unbedacht und jähzornig das Schwert zog (zückte). August F.C. Vilmars Deutsches Namenbüchlein (Die Entstehung und Bedeutung der deutschen Familiennamen. 8. Aufl., neu hrsg. von Rudolf Homburg, Marburg 1926, S. 71) deutet „Zuckmantel“ als Benennung eines Räubers, der die Mäntel herabreißt, ebenso Hans Bahlow (Deutsches Namen-Lexikon. Herkunft und Bedeutung von 15.000 Vor- und Nachnamen. Bindlach 2004, S. 574) nimmt Zuckschwert als Benennung für jemanden an, der schnell zur Waffe greift.

Auf eine frühe Schreibung *Cix* hat Renate Hildebrandt aufmerksam gemacht (Der Hof Zick und seine Entwicklung seit 1978. In: Von Essen nach Hessen. 850 Jahre Fronhausen 1159-2009. Fronhausen 2009, S. 993-996). In einem Verzeichnis des Reichsstiftes Essen aus dem Jahr

1332, in dem die zu Lichtmess (*in Purificatione beate Marie virginis*: 2. Februar) zu entrichtenden Abgaben aus der Immunität Fronhausen an der Lahn aufgelistet sind, werden *Hermanus Cix et sui heredes* [seine Erben] mit zwei abzuliefernden Schweinen (*II porcous*) erwähnt (Staatsarchiv Düsseldorf, Best. Stift Essen; vgl. Diefenbach, Heinrich: Der Kreis Marburg, seine Entwicklung aus Gerichten, Herrschaften und Ämtern bis ins 20. Jahrhundert. [Schriften des Instituts für geschichtliche Landeskunde von Hessen und Nassau 21] Marburg 1943, S. 259-261). Anzunehmen ist aber, dass die Essener Schreiber den Beinamen nicht zu deuten wussten; denn in der selben Quelle, in der auch das Dorf Argenstein erstmals erwähnt wird (*Argorstene*), sind aus diesem Dorf Abgaben eines *Hinricus dictus Capra* aufgeführt – das ist wohl eine Fehldeutung der Schreiber, die den Beinamen eines Henrich Zick falsch interpretierten und daraus einen „Henrich genannt Ziege“ machten.

Zwar kennen wir das heute im Niederdeutschen verbreitete Wort ‚Ziege‘ im Dialekt der Marburger Landschaft nicht; während es Vilmar im 19. Jahrhundert für Niederhessen nachwies (Vilmar, August F.C.: Idiotikon von Kurhessen. Marburg/Leipzig 1868: 468), bemerkte Crecelius, es sei in Oberhessen „im Volke nicht bekannt“ (Creelius, Wilhelm: Oberhessisches Wörterbuch. Darmstadt 1897/1899, Nachdr. Wiesbaden 1966: 417) – hier wurde (und wird) nur ‚Geiß‘ (Gääst) verwendet. Doch konnte Rein zeigen, dass mit der Ausdehnung der Ziegenhaltung von Süden nach Norden vom 12. bis 15. Jahrhundert zunächst das Wort ‚Ziege‘ vorrückte und erst in einer zweiten Phase durch ‚Geiß‘ ersetzt wurde (Rein, Kurt: Die Bedeutung von Tierzucht und Affekt für die Haustierbenennung. Untersucht an der deutschen Synonymik für ‚capra domestica‘. [Beiträge zur deutschen Philologie 21] Gießen 1958). Es ist also immerhin möglich, dass zur Zeit des Essener Abgabenregisters 1332 ‚Ziege‘ auch im Lahngebiet geläufig war; ob Stadt und Grafschaft Ziegenhain, 1144 zuerst erwähnt (*de Cigenhagen*), mit dem Tier zu tun haben oder ein Personenna-me (etwa Sigurd) zugrunde liegt, ist trotz des Ziegenkopfs im Wappen nicht sicher zu klären. Der Familienname Zück in den Dörfern der Marburger Landschaft aber hat mit der Ziege wohl nichts zu tun.

S. Becker

Die alte Schule in Niederweimar von 1863

Chronologie zur Geschichte des Schulwesens und des Schulgebäudes

von Hans Schneider

Im Jahr 1666 wird erstmals ein Lehrer für Niederweimar in den Kirchenbüchern von Oberweimar erwähnt.

1760 stimmte der Gemeinderat darüber ab, welcher Vollbürger im Folgejahr in seinem Wohnhaus einen Klassenraum zur Verfügung stellen muss (Vollbürger ist, wer Zugtiere besitzt, also ein Bauer).

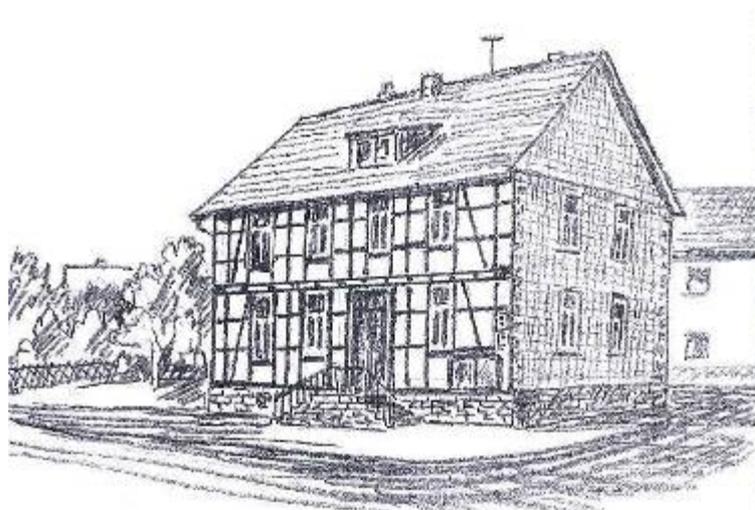
1798 wurden Zahlungen für Reparaturen am Schulhaus festgestellt. Weitere Rechnungen liegen aus in den Folgejahren für das Gebäude vor, woraus zu schließen ist, dass ein Schulhaus in Niederweimar vorhanden war, wohl das heute noch bewohnte Haus „Altes Dorf“, Nr. 12.

Im Jahr 1830 wurde ein Anbau vorgenommen, um die stetig wachsende Zahl der Kinder unterzubringen. Es währte nicht lange, und die Räumlichkeiten reichen wieder nicht mehr aus. Auch gibt es keinen Abtritt, wie der Chronist Herbert Kosog berichtet. All das führte zu Überlegungen, ein neues größeres Gebäude zu errichten. Die Schulaufsicht drängte auf eine Veränderung und spricht von „erbärmlichen“ Zuständen in Niederweimar.

1858 begannen Planungen für ein neues Schulhaus. Auf Grund der vorgenannten Situation musste die Gemeinde handeln. Mit der

Gemeinde Gisselberg bestand ein Schulverband. Es folgten größere Diskussionen, vor allen Dingen gab es bei den Ratsherren Uneinigkeit über den Standort für ein neues Schulhaus. Einige bestanden darauf, das neue Gebäude wieder in der Nähe der Kirche zu errichten, weil es für Pfarrer und Kinder angenehmer sei (sie hatten viermal am Tag die Glocken zu läuten). Aber es scheiterte an der nicht ausreichend verfügbaren Grundstücksfläche. Man entschied sich dann für das am Rande des Ortes gelegene Grundstück an der Straße zur Nähebrücke, dem heutigen Huteweg. Durch die drohende Kriegsgefahr (Österreich-Frankreich) verzögerte sich das Bauvorhaben. Trotzdem wurden die Planungen vorbereitet. Die Bauarbeiten gingen schleppend voran. Es folgten Beanstandungen durch den Landbaumeister wegen des unbefriedigenden Zustandes der Räumlichkeiten im alten Schulgebäude.

1863 wurden das neue Schulhaus mit Wohnung für den Lehrer und das dazu gehörige Stallgebäude für das Halten einer Kuh und zwei Schweinen fertiggestellt. Am 31. August 1863 wurde der Unterricht durch Lehrer Wilhelm Grün aufgenommen, jedoch ohne die Schüler aus Gisselberg.



Die alte Schule, gezeichnet von Heinrich Ehlich

Gisselberg wollte sich an den Schulbaukosten nicht beteiligen (vgl. meinen Bericht in Heimatwelt 43, 2008). Die Baukosten für die beiden Gebäude und den Brunnen betragen rd. 5.200 Taler. Hierzu erhielt die Gemeinde einen Zuschuss aus der Staatskasse in Höhe 100 Taler. Die weitere Finanzierung erfolgte durch Aufnahme eines Kredites bei der Landeskreditkasse in Höhe von 2.600 Talern. Den Rest musste die Gemeinde aus eigener Tasche finanzieren. Rund 50 Jahre diente das Gebäude als Schule und Lehrerwohnung.

Nach jüngst aufgefundenen Belegen wissen wir, dass seit 1887 auch die erste Poststelle für Niederweimar im Schulgebäude eingerichtet war. Lehrer Reinhard Hucke war Posthalter. Mit der Errichtung eines neuen Schulgebäudes in der Herborner Straße im Jahr 1913 wurde die alte Schule mit dem Nebengebäude entbehrlich, das Stallgebäude abgebrochen. Auch die Poststelle zog in das Haus Haddamshäuser

Weg ein und wurde vom Eigentümer Konrad Herrmann geführt. Lehrer Hucke zog bis zu seiner Pensionierung 1920 in das neue Schulgebäude um.

1913 überließ die politische Gemeinde das Gebäude der Kirchengemeinde kostenfrei mit der Auflage, die Unterhaltung zu übernehmen. Es liefen Planungen der Kirche für die Einrichtung einer Diakoniestation. In Folge des Ausbruchs des 1. Weltkriegs scheiterte dieses Vorhaben. Die Kirchengemeinde richtete ein Genesungsheim für verwundete und erholungsbedürftige Soldaten ein. Die Gemeindeglieder stellten 17 Betten sowie Wäsche und Nahrungsmittel zur Verfügung. Zur Finanzierung trug die Kirchengemeinde 1.200 Mark bei. Ebenso wurden Sammlungen durchgeführt. Im Durchschnitt waren 10-15 Soldaten aufgenommen, die Leitung unterstand einer Diakonieschwester.



Soldaten, Pflege- und Hilfskräfte stellen sich dem Fotografen 1914
Die beiden Frauen von rechts (Elisabeth Herrmann und Elisabeth Grebe) waren in der Küche tätig

Ende des Jahres 1916 wurde das Heim aufgelöst, die Räume standen leer. Es zogen Mieter in die Wohnräume ein. 1918 liefen Verhandlungen mit dem Frankfurter Mutterhaus wegen der Einrichtung einer Schwesternstation. Am 3. März wurde die Stelle durch die Schwester Luise Usbeck besetzt.

Nach kürzlich aufgefundenen Dokumenten wurde am 1. Juli 1931 mit Zustimmung des

Kasseler Regierungspräsidiums einer Privatperson die Gründung eines Privat-Kindergartens im ehemaligen Klassenraum genehmigt (es muss Liesel Spielmann, Tochter des Lehrers Karl Spielmann, gewesen sein, die auch in späteren Jahren im Kindergarten tätig war). Die Einrichtungsgegenstände wurden von der Schreinerei Grebe hergestellt. Anfangs wurden 8 Kinder gezählt.



Gemeindegewesin Wackerbarth mit den bekannten Kindern Ruppert Schnabel und Hans Mengel etwa um das Jahr 1940

1933 erfolgte die Übernahme des Kindergartens durch die N.S.V. und ein Ganztagskindergarten mit Mittagsspeisung wurde eingerichtet (N.S.V. war eine Unterebene der Nazi-Organisation, die auch zu Spenden aufrief; Träger war die Gauleitung). Dann heißt es weiter: „Später wurde der Kindergarten von der Kirche übernommen“. Es ist nicht ersichtlich, in welchem Jahr dies geschah. Der Kindergartenbetrieb blieb bis zur Errichtung des neuen Kindergartens in der Schützenstraße im Jahr 1972/73 erhalten.

1946 zog im rechten Zimmer unten im Flur ein Textilkaufmann ein, dessen Laden bis zum Jahr 1954 bestand. Die anderen Räume im Gebäude wurden vermietet. 1956 zog in die oberen Räume links das Bürgermeisteramt ein. 1960 wurde der Zieh-Brunnen beseitigt; er war nach dem Bau der zentralen Wasserversorgung in Niederweimar überflüssig geworden.

1970 wechselte das Bürgermeisteramt in die gegenüberliegenden Räume. Jetzt wurde auch die Gemeindekasse dort angesiedelt. 1972 stand das gesamte Haus der Gemeindeverwaltung zur Verfügung. Es könnte vieles berichten, vor allen Dingen über die laufenden Verhandlungen zur Neugliederung der Gemeinden.

1998 erfolgte der Neubau eines Verwaltungsgebäudes und der Verkauf der „alten Schule“ an den heutigen Besitzer. Zusammenfassen lassen sich also die vielseitigen Nutzungen des Gebäudes: es war Schule, Poststelle, Genesungsheim, Mietwohnungen, Diakoniestation, Geschäftshaus, Kindergarten, Gemeindeverwaltung und jetzt Zahnarztpraxis, Anwaltskanzlei, Steuerberaterbüro.

Quellen: Gemeindearchiv Weimar. - Mitteilungsblätter 1972. - Heimatwelt 20, 1986.



Alt-Bürgermeister Gerlach und Karl Hartmann bei den Abbrucharbeiten am alten Ziehbrunnen an der Schule in Niederweimar

Bücherschau

Aus der Geschichte der Familie Schenck zu Schweinsberg. [Kalender] 2011, hrsg. vom Hessischen Staatsarchiv Marburg, von der Historischen Kommission für Hessen und der Schenckenstiftung Samtbau. Redaktion Rüdiger Freiherr Schenck zu Schweinsberg und Harald Winkel, Gestaltung Manuel Drach. Marburg 2010

Mit diesem Kalender setzen Staatsarchiv und Historische Kommission die Reihe von großformatigen Wandkalendern mit Dokumenten aus hessischen Adelshäusern fort.

Auf 13 Blättern (samt Titelblatt) werden ausgewählte Quellen und Gebäude aus der Familiengeschichte der Schenken vorgestellt – für die Dörfer der heutigen Gemeinde Weimar nicht nur von Interesse wegen des Schenkisch Eigen (Roth, Argenstein und Wenkbach), sondern auch wegen der rechtsgeschichtlichen Bedeutung der Schenken als Gerichtsherren im Reizberg, ein Rechtstitel, den sie als Lehen der Grafen von Nassau-Saarbrücken erhalten hatten und bis ins 18. Jahrhundert gegen die Landgrafen von Hessen behaupten konnten.

Die vorzüglichen Abbildungen zeigen Urkunden (etwa die Belehnung mit dem Erbschenkenamt, der Burgfrieden von 1447, die Bestätigung der Ritterbürtigkeit von 1792), Bauwerke (Burg Schweinsberg mit Neuer Kemenate, Hexenturm und Torbau der Vorburg, Unter-, Mittel- und

Oberhof, Samtbau, Burg Hermannstein und Pfarrkirche Hermannstein als Grablege), historische Karten und Tafeln (Stadtgrundriss von Schweinsberg 1774/75, Stammbaum), Porträts (Ferdinand Schenck zu Schweinsberg, Kurhessischer Minister der Justiz 1830/31; Philipp Schenck zu Schweinsberg, Fürstabt der Abtei Fulda 1541-1550; die Leichenpredigt für Wolf Christoph Schenck zu Schweinsberg, landgräflicher Gouverneur von Oberhessen, und sein Grabmonument in der Lutherischen Pfarrkirche Marburg von 1717, zugeschrieben Johann Friedrich Sommer) sowie das Schenksche Wappen im Glasfenster der Elisabethkirche Marburg (~1300/1315).

Die Abbildungen sind auf der Rückseite ausführlich und profund erläutert – der Kalender wird also weit über das Jahr 2011 hinaus ein oft zu Rate gezogener Einstieg in die Geschichte einer Familie sein, die mit dem nun verzeichneten Samtarchiv (als Depositum im Staatsarchiv Marburg) einen gehaltvollen Quellenbestand zur Wirtschafts- und Rechtsgeschichte, zur Kultur- und Sozialgeschichte Oberhessens überliefert hat. Der Kalender im Format DIN A3 ist für 15,- € zzgl. Versandkosten bei der Historischen Kommission für Hessen, Friedrichsplatz 15, 35037 Marburg, zu beziehen. S.B.

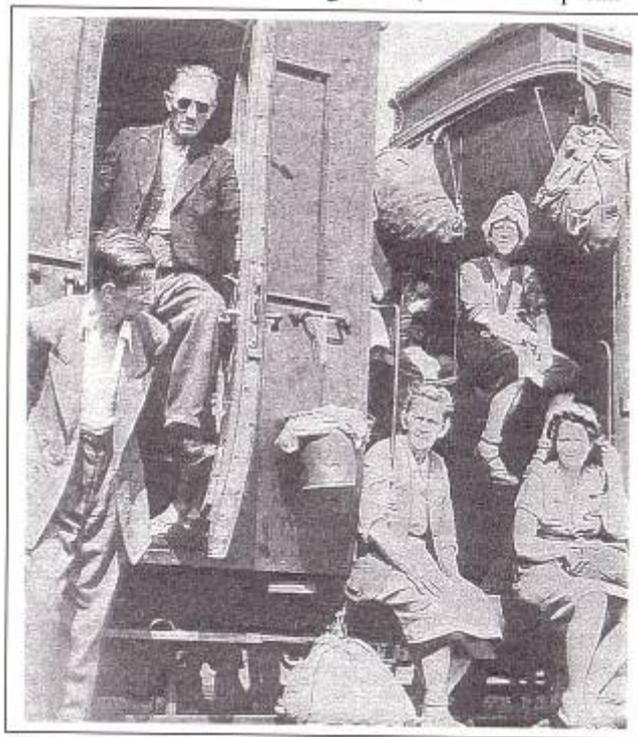
Meine Erinnerungen an die Hamsterzeit

von Hans Schneider

In den Nachkriegsjahren 1945 bis Mitte 1948 mangelte es an allem für das tägliche Leben. Besonders ging es um die Ernährung. Während bei uns auf dem Land keine direkte Not herrschte, gab es in den Städten doch große Hungersnöte. Obwohl durch die alliierten Besatzungsmächte das Tauschen oder Handeln mit Waren verboten war, so widersetzten sich viele Menschen diesem Verbot, weil sie einfach Hunger hatten, und sie nach etwas Essbarem suchten. Sie kalkultierten also Strafen ein und riskierten auch den Verlust der getauschten Waren. Die Zuteilungen durch die Lebensmittelkarten waren oft nicht erhältlich, weil die Waren vielfach in den Geschäften fehlten.

„Die Hamsterer“, so wurden die Menschen bei den Einheimischen genannt, obwohl der Begriff „Hamsterer“ nicht zutreffend ist. Sie wollten nicht hamstern, sondern irgendwelche Waren aus dem Haushalt gegen etwas zum

Essen tauschen. Die Not muss bei vielen groß gewesen sein, sonst hätten diese Leute nicht solche Strapazen der langen Wege aus den weit entfernten Städten mit ihren Tauschwaren auf sich genommen. Sie suchten einfach nach Essbarem, um zu überleben. Sie kamen meist in überfüllten Zügen, teils noch auf den Trittbrettern stehend, in unser Dorf und sicherlich auch in andere Orte, um zu tauschen. Bei manchen Familien hatten sich schon Freundschaften mit den „Hamsterern“ entwickelt, und der „Gast“ konnte auch schon mal an einer Mahlzeit teilnehmen. Bei zu weiter Wegestrecke zurück in ihre Heimatstadt durfte der Besucher sich auch mal eine Schlafstelle in Stall oder Scheune aussuchen. So war es auch bei meinen Eltern. Das Begehrteste für die Hamsterer waren Getreide, Kartoffeln, Speck, Fleisch, Mehl, Eier und vieles mehr. Dafür brachten sie alles Mögliche von ihren Habseligkeiten mit.



Hamsterfahrt mit dem Zug

Ein Zug überfüllt mit Menschen (Hamsterer). Sie standen auf den Trittbrettern oder saßen auf dem Dach der Waggonen. Die Polizei wurde der Menschenmassen nicht Herr.



Die Hoffnungen der „Hamsterer“ auf eine spürbare Lebensmittelhilfe musste oft enttäuscht werden, denn auch bei den Landwirten oder Kleinbauern, wie wir es waren, waren die Lebensmittel rationiert. Wir hatten 18 Hühner, und davon mussten wir eine festgeschriebene Zahl an Eiern im Jahr abliefern. Das gleiche galt für Milch, für Getreide und für Kartoffeln. Hier hatte man von jeder Kuh, von jedem Morgen oder Hektar eine vorgeschriebene Menge an Milch, Getreide oder Kartoffeln herzugeben. Selbst beim Schlachten der eigenen Schweine durfte man pro Person nur eine vorgegebene Menge an Wurst, Speck oder Fettwaren behalten. Der Fleischbeschauer kontrollierte die Schlachtung, teilte das Gewicht des geschlachteten Tieres durch die Personen der Familie und sagte dann, welche Menge von Wurst, Fleisch oder Fett an eine zentrale Stelle abzuliefern war. Das war oft bitter für die Betroffenen, hatte man sich doch alle Mühe gegeben, um eine gute Ernte einzufahren, und musste sich nun von einem Teil davon wieder trennen. Hier und da wurde auch schon mal „schwarz“ geschlachtet, um nicht gar zu sparsam mit Fleischwaren leben zu müssen. Aber Vorsicht: bei Bekanntwerden dieser verbotenen Schlachtung landete man schnell für einige Wochen in der „Wilhelmstraße in Marburg“ (dort stand das Gefängnis). Landwirte aus unserem Dorf haben mit dem dortigen „Haus“ Bekanntschaft machen müssen. Meine Eltern

waren stets bemüht, unser vorgegebenes „Soll“ an Abgaben zu erfüllen, auch wenn dies oftmals mit Einschränkungen verbunden war. Auf Grund des Berufes meines Vaters mussten sich die Eltern vorbildlich verhalten.

Mir ist noch ein Herr mittleren Alters in Erinnerung, der aus dem Siegerland beinahe wöchentlich bei uns eintraf. Mal brachte er aus der dortigen metallverarbeitenden Industrie etwas für den Haushalt mit, mal waren es Geräte für die Landwirtschaft, wie Hacke oder Gabel. Ein besonderer Tausch bestand in der Lieferung einer großen Kelter. Diese musste am Bahnhof in Niederwalgern abgeholt werden. In vorheriger Absprache mit zwei Nachbarn teilten sich meine Eltern die ausgehandelte Gegenleistung von Getreide zum Brotbacken. Bei mehreren Besuchen nahm er die zuvor abgesprochene Menge an Getreide mit. Ob der Gegenwert an Getreide den Kosten der Kelter angemessen war, wurde nicht geprüft. Für den „Hamsterer“ ging es nur um etwas zum Essen. Mit der Kelter haben wir und die anderen Beteiligten Jahrzehnte Zuckerrüben ausgequetscht, den Saft mit Birnen oder Zwetschgen vermischt und Honig und Mus hergestellt.

Es wurde damals davon gesprochen, dass aus den Hamsterer oftmals auch Händler wurden, die größere Mengen an Waren zum Tausch anboten. Hier soll es jedoch mächtige Strafen gegeben haben.

In den Jahren nach dem Krieg war die Reichsmark wertlos, obwohl sie noch als offizielles Zahlungsmittel galt. Am 20. Juni 1948 kam das neue Geld: die Deutsche Mark. Die Reichsmark wurde hierdurch abgelöst. In den folgenden Tagen danach füllten sich die Schaufenster mit Waren. Plötzlich konnte man

vieles kaufen, aber dazu fehlte nun das Geld. Denn mit der Währungsreform waren alle Bundesbürger gleichgestellt, in dem jeder die begrenzte Menge von 40 DM pro Person erhielt. Ab nun ging es aufwärts mit der westdeutschen Wirtschaft. Von den „Hamsterern“ war nichts mehr zu sehen.

Bücherschau

Neue Schriftenreihe der Gemeinde Weimar. Mit dem Band *Niederwalgern 1235-2010. Ereignisse und Erinnerungen aus 775 Jahren.* (Historische Schriften der Gemeinde Weimar/Lahn 1) Weimar/Lahn 2010, XXIII und 821 S., zahlr. Abb., ISBN 978-3-9813641-0-1 (20,- €), wird eine neue Schriftenreihe eröffnet, in der künftig Monographien und Sammelbände zur Geschichte der Dörfer in der heutigen Großgemeinde Weimar erscheinen sollen.

Inzwischen liegt auch der zweite Band vor: *Die Zeit in Allna 807-2010. Beiträge zur Ortsgeschichte.* (Historische Schriften der Gemeinde Weimar/Lahn 2) Weimar/Lahn 2010, XVI und 382 S., zahlr. Abb., ISBN 978-3-9813641-1-8 (15,- €). Beide Bände können über den Buchhandel oder über die Gemeinde bezogen werden.

Am 13. Dezember 2010 wurde im Staatsarchiv Marburg die Chronik Niederwalgern 1235-2010 mit einem Sonderpreis des Wissenschaftspreises für hessische Landesgeschichte ausgezeichnet, den das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst vergibt. Der Hauptpreis ging an die Habilitationsschrift von Alexander Jendorff: *Condominium. Typen, Funktionsweisen und Entwicklungspotentiale von Herrschaftsgemeinschaften in Alturopa anhand hessischer und thüringischer Beispiele.* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 72) Marburg 2010.

Die Chronik Niederwalgern könne als Vorbild für ähnliche Projekte zur lokalgeschichtlichen Spurensuche gelten, sagte der Direktor des Hauptstaatsarchivs Wiesbaden Prof. Dr. Klaus Eiler in seiner Würdigung: es sei ein erstaunlich gehaltvolles Buch, das man gern zur Hand nehme, das die Leser einlade zu einer Zeitreise in die Geschichte eines Dorfes im Marburger Land. Die neugegründete Reihe lasse auf manchen weiteren lesenswerten Titel hoffen, weshalb dieses Engagement der Gemeinde für die Geschichte ihrer Ortsteile auch besonders zu würdigen sei.

Hervorzuheben sei die professionelle graphische Gestaltung. Layout und Buchschmuck wurden Tom Engel aus Ebsdorfergrund-Roßberg anvertraut, der viel Erfahrung und Gespür für die Gestaltung landesgeschichtlicher Bücher besitzt und nicht zuletzt auch Publikationsprojekte der Historischen Kommission für Hessen betreut.

Für die Umschlaggestaltung und die Vignetten im Buch wurden Holzschnitte des ortsansässigen Künstlers Heinrich Groß verwendet, eigens für dieses Buch geschaffen und damit eine originäre Bereicherung des Bandes. Auch dies zeichne das Buch aus: es ist in großen Teilen von Autorinnen und Autoren aus dem Ort selbst erarbeitet worden, unterstützt von fachkundigen Autoren aus dem Umland und der nahen Universitätsstadt Marburg. Mit diesem Projekt sei es gelungen, viele Menschen

für die Lokalgeschichte zu motivieren und fürs Mitmachen zu begeistern: fast hundert Beiträge von über fünfzig Autoren sind darin versammelt.

Die Gliederung des Inhalts ist nicht chronologisch aufgebaut, sondern nach Sachgebieten geordnet: Häuser und Höfe, Wohnen und Wirtschaften, Zu- und Auswanderung, Kirche und Frömmigkeit, Gemeinde, Dorf und Schule, Kunst und Kunsthandwerk, Bauern und Obrigkeit, Bürger und Politik, Straße und Eisenbahn, Handwerk und Handel, die Landschaft und ihre Nutzung, Vereinsleben – eine breite Sicht auf die soziale, kulturelle und politische Geschichte des Dorfes spiegelt sich darin. In einem Kapitel mit Lebensbildern werden Personen des öffentlichen Lebens wie der Abgeordnete der kurhessischen Ständekammer und spätere Mitbegründer der Sozialdemokratie im Kreis Marburg Heinrich Lauer vorgestellt. Aber auch an Menschen, die nicht im Rampenlicht standen, wird in Skizzen ihres Lebens und Wirkens erinnert.

Lobenswert sei die sorgfältige Dokumentation. So werden etwa die Grabsteine des 17., 18. und frühen 19. Jahrhunderts in der Kirche und auf dem Kirchhof nicht nur kompetent beschrieben, sondern in ihren familiengeschichtlichen Kontext gestellt. In den meisten Beiträgen sind die ausgewerteten Quellen angegeben und damit nachprüfbar, und mit der verzeichneten Sekundärliteratur wird zum Weiterlesen im landesgeschichtlichen Schrifttum und damit auch zur weiteren Spurensuche angeregt.

Gelungen sei auch das offene Konzept des Buches, das einzelne Ereignisse, Monumente, Erinnerungen exemplarisch in ihren jeweiligen historischen Kontext rücke und damit die „kleinen Erzählungen“ der lokalen Geschichte in den „großen Erzählungen“ der Historiographie verorte. Die Leserinnen und Leser werden auf die narrativen und materiellen Spuren in ihrem eigenen Wohnort hingewiesen, die sie vielleicht kennen, aber nun neu zu sehen und zu lesen lernen. Und sie werden mittels dieser Spuren an die Strukturgeschichte herangeführt, verstehen, dass die Objekte und auch sie selbst Teil größerer historischer Prozesse sind.

Wesentlich aber ist, dass die Chronik nicht versucht, die Lokalgeschichte insgesamt darzustellen, sie „in einem Guss“ zu schreiben. Im Gegensatz zu solchen monographischen Ortsgeschichten, die nach fünfzig oder hundert Jahren neu geschrieben werden müssen, kann dieses Buch in fünfundzwanzig oder in fünfzig Jahren fortgesetzt, weitergeschrieben, ergänzt werden: viele Ereignisse und Quellen der Lokalgeschichte sind ja noch aufzuarbeiten, trotz dieses dicken Buches. Es schließt die Beschäftigung mit der Lokalgeschichte und mit der Landesgeschichte nicht ab, sondern lädt zum Weitermachen ein.

S.B.

Johann Friedrich (1563-1629) aus Wolfshausen

von Friedrich von Petersdorff

Als Johann Friedrich, Professor an der Universität Leipzig, 1629 starb, wurde er als „wohlgelehrt und weitberühmt“ charakterisiert. 1582, im Alter von 18 Jahren, kam er als Student nach Leipzig und verbrachte in dieser Stadt den größten Teil seines Lebens. Im Laufe der Jahre unterrichtete er an der Universität Rhetorik, Physik, Historien und alte Sprachen. Dieser anerkannte Gelehrte wurde am 7. Oktober 1563 als Sohn eines Bauern und Schultheißen in Wolfshausen (in der Leichenpredigt auch „Wolffshausen“ genannt) geboren. Aber um welchen Ort dieses Namens handelt es sich? Um Wolfshausen im hessischen Lahntal, dem heutigen Ortsteil der Gemeinde Weimar? Diese Ansicht wurde zeitweise in der Online-Enzyklopädie Wikipedia vertreten. Oder ist der Geburtsort anderswo zu suchen?

Zunächst eine kurze Erläuterung zur hier gewählten Schreibweise des Nachnamens: In der Literatur hat sich keine einheitliche Form durchgesetzt. Der Katalog der Deutschen Nationalbibliothek nennt folgende Varianten: Friderich, Friderichus, Friderici, Fridericus, Fridrichus, Friederich, Friedrich – wobei sich durch die unterschiedlichen Versionen des Vornamens (Johann, Johannes oder Joannes) die Zahl der Kombinationen erhöht. Nicht zu vergessen ist zudem die lateinische Namensform, die nach damaliger Sitte den Herkunfts-ort berücksichtigte: Wolfeshusius (auch mit zwei „f“ vorkommend). Der Artikel in der ADB (Allgemeine Deutsche Biographie, 1878) wählte die Schreibweise „Friderich“, während Markus Huttner sich in seiner Monographie über „Geschichte als akademische Disziplin“ (2007) für die Form „Friedrich“ entschied. Die Wahl Huttners für „Friedrich“ ist maßgebend für die in meiner kurzen Abhandlung gewählte Form. Es liegt wohl an der geringen Erwähnung Friedrichs seit dessen Tod, dass eine Einigung auf eine einzige Schreibweise sich bisher nicht durchsetzte oder als nicht erforderlich erwies.

Die kulturgeschichtliche Bedeutung des Johann Friedrich veranlasste im Mai 2008 einen anonym schreibenden Autor, einen Artikel über Johann Friedrich in der Online-Enzyklopädie Wikipedia zu veröffentlichen – als einen von mehreren Wikipedia-Artikeln desselben Verfassers zu Rektoren und Konre-

toren der Leipziger Thomasschule. Als Geburtsort von Friedrich übernahm der Autor aus dem ADB-Artikel (1878) die Angabe „Wolfshausen“ und erstellte einen Verweis (Hyperlink oder auch Link genannt) zum Wikipedia-Eintrag über den Weimarer Ortsteil Wolfshausen – offensichtlich mangels anderer Orte dieses Namens.

Demnach wäre Friedrich im hessischen Wolfshausen geboren. Folgerichtig wurde anschließend im Wikipedia-Artikel „Wolfshausen“ die Rubrik „Söhne und Töchter“ erstellt – mit Verweis auf „Johann Friderici (1563–1629), deutscher Historiker, Bibliothekar und Pädagoge“. Dieser Wikipedia-Hinweis veranlasste die Redakteure der Sendung „Weimar in Thüringen und Weimar in Hessen“, wie sie am 11. Oktober 2010 vom Hörfunksender Deutschlandradio Kultur ausgestrahlt wurde, sich nach Friedrich zu erkundigen, da er laut Wikipedia aus Weimar in Hessen stamme. Die Anfrage gelangte zu Siegfried Becker (Niederwalgern), der seine Zweifel an der Richtigkeit der behaupteten Beziehung von Friedrich zu Wolfshausen äußerte – zumal Friedrich Mohn ihn nicht in seiner in den 1970er Jahren erschienenen Schrift „Wolfshausen. Unser Heimatdorf in Vergangenheit und Gegenwart“ erwähnte.

Ein Blick in die ADB zeigt, dass von „Wolfshausen, einem fränkischen Dorfe bei Würzburg“ die Rede ist. Offensichtlich hat die verkürzte Zitierung aus der ADB zu einer irri- gen Suche nach dem Geburtsort geführt: Obwohl der ADB-Artikel auf eine Lage bei Würzburg verwies, wurde Wolfshausen im Lahntal als Geburtsort angegeben – mangels anderer Kandidaten.

Bei dem Versuch einer Lokalisierung des Geburtsortes ist zu berücksichtigen, dass sich die Schreibweise von Orten im Laufe der Jahrhunderte ändern konnte, ohne dass es einer offiziellen Umbenennung bedurfte. So ist beispielsweise dem „Zedler“ („Grosses vollständiges Universal Lexicon Aller Wissenschaften und Künste“, 64 Bände, 1732-1754) folgender Hinweis zu entnehmen: „Wolfshausen oder Wolckshausen, ein Würtzburgisches Dorf [...]“: Demnach änderte sich der frühere Name dieses Ortes Wolfshausen in Wolckshausen. Handelt es sich bei diesem Ort, dem heutigen

Wolkshausen (Ortsteil der Gemeinde Gaukönigshofen, Landkreis Würzburg) um den gesuchten Geburtsort Friedrichs? Eine Identifizierung Wolkshausens mit dem gesuchten Wolkshausen widerspräche nicht den Ausführungen in der ADB. Eine entsprechende Zuordnung beruhte aber nur auf Angaben aus der Sekundärliteratur, also nicht auf zeitgenössischen Quellen.

Zu den Primärquellen hingegen zählt die Leichenpredigt Friedrichs, die heute noch in einzelnen Bibliotheken eingesehen werden kann. Dem gedruckten Lebenslauf ist zu entnehmen, dass der Verstorbene *zu Wolffeshausen in Francken / vnter das Stifft Würtzburg gehörig / nahe bey Mellerstadt gelegen* geboren wurde. „Mellerstadt“ ist das heutige Mellrichstadt (Landkreis Rhön-Grabfeld). Dieser Ort liegt jedoch zu weit von Wolkshausen entfernt, um die Worte „nahe bei gelegen“ verwenden zu können. Demnach ist Wolkshausen nicht der gesuchte Geburtsort „Wolkshausen“.

Es bestehen wohl keine Zweifel, dass nach dem Geburtsort in Franken zu suchen ist, und zwar im Gebiet des Würzburger Bistums (Hochstift Würzburg). Doch erlaubt der gegenwärtige Forschungsstand noch keine eindeutige Lokalisierung des Geburtsortes. Ein möglicher Kandidat könnte, in der Nähe von Mellrichstadt gelegen, das heutige Wölfershausen an der fränkischen Saale (Landkreis

Rhön-Grabfeld) sein – aber zur Klärung bedarf es noch weiterer Forschungsschritte.

Quellen und Literatur: [Artikel] Wolkshausen oder Wolkshausen. In: Zedlers Universal-Lexicon, Bd. 58, Leipzig u. Halle 1748, Sp. 1289. – [Artikel] Wolfshusius, oder Wolfhusius, (Johann Friedrich). In: Zedlers Universal-Lexicon, Bd. 58, Leipzig und Halle 1748, Sp. 1290. – Eckstein, [Friedrich August]: [Artikel] Friderich, Johann, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 7, Leipzig 1878, S. 382-383. – Hoepner, Johann: Christliche Leichenpredigt [...] M. Johannis Friderici [...]. Leipzig 1629 (Abbildungen: <http://www.gbv.de/vd/vd17/39:138220C>). – Huttner, Markus: Geschichte als akademische Disziplin. Historische Studien und historisches Studium an der Universität Leipzig vom 16. bis zum 19. Jahrhundert. (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Reihe A, Band 5) Leipzig 2007. – Mohn, Friedrich: Wolkshausen. Unser Heimatdorf in Vergangenheit und Gegenwart. Marburg [1974].

Online-Seiten (zuletzt angesehen 11. Dezember 2010): Seite „Friderich, Johann“. In: Personennamendatei (PND): <http://d-nb.info/gnd/122315138>. – Seite „Johann Friderich“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie, http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Friderici. – Seite „Wolkshausen“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie, <http://de.wikipedia.org/wiki/Wolkshausen>. – Weber, Blanka und Anke Petermann: Weimar in Thüringen und Weimar in Hessen. Ähnlichkeiten sind rein zufällig. Länderreport, 11. Oktober 2010 (Manuskript zur Sendung: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/laenderreport/1288006/>; Audio Link: (Kurz-URL) <http://tinyurl.com/22mvuso> oder (Original-URL) <http://www.dradio.de/aodflash/player.php?station=3&broadcast=348710&datum=20101011&playtime=1286795200&fileid=9476de3b&sendung=348710&beitrag=1288006&/>>).

Bücherschau

Barbara Wagner unter Mitarbeit von Dieter Bertram, Friedrich Damrath und Friedemann Wagner: *Die jüdischen Friedhöfe und Familien in Fronhausen, Lohra, Roth*. Hrsg. von der Geschichtswerkstatt Marburg e.V., Marburg 2009, 375 S., zahlr. Abb.

Ein Projekt, das 1990 von der Mitgründerin der Geschichtswerkstatt Marburg Barbara Händler-Lachmann angestoßen und begonnen, aber durch ihren frühen Tod zum Erliegen kam, konnte dank der intensiven Materialrecherche und Texterstellung durch Barbara Wagner zum Abschluss gebracht werden. Die Inventarisierung der Grabsteine auf den Friedhöfen der Synagogengemeinde Roth-Fronhausen-Lohra, ergänzt durch die Fotodokumentation des Bildarchivs Foto Marburg und durch Familienblätter mit den genealogischen Daten der Familien in den drei Dörfern liegt nun im hochwertigen Druck vor.

Barbara Wagner konzentriert sich auf die Grabsteine und die biographisch-genealogischen Daten. Mit Ausführungen zu den familien-, sozial- und kulturgeschichtlichen Kontexten geht sie sparsam um; hinter den Namen scheint aber dort Leben auf, wo Eheverträge in die Familienblätter aufgenommen sind. Umso deutlicher treten

dafür die Angaben zu Deportation und Ermordung hervor, zum Holocaust, dem Auslöschen der jüdischen Landgemeinden. Den Familienblättern vorangestellt sind ausführlichere Erläuterungen zu den sozial- und rechtsgeschichtlichen Bedingungen des Lebens in den jüdischen Gemeinden Oberhessens, zur Geschichte der Gemeinden und der Friedhöfe, in denen auch Quellen im Staatsarchiv ausgewertet wurden; so vermitteln etwa die Angaben zu den Denunziationen durch den Arzt Dr. Hermann, Ortsgruppenleiter der NSDAP in Lohra, Eindrücke von der Situation der noch verbliebenen jüdischen Familien.

Dieter Bertram und Friedrich Damrath haben die Übersetzung und Umschriften der hebräischen Grabsteinschriften besorgt und geben einführend zu den Inventartafeln Hinweise zur Datierung (den Monatsnamen, der Jahreszählung) und den häufiger verwendeten Formeln. Friedemann Wagner hat Layout und Bildbearbeitung übernommen.

Das Buch hat leider keine ISBN, dürfte aber im Buchhandel bei Angabe der Bezugsadresse erhältlich sein: Geschichtswerkstatt Marburg e.V., Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Tel. 06421/13107. S.B.

Eine Skizze zu Carl Bantzers „Abendmahl“ aus Niederwalgern

von Siegfried Becker

Der Kunstmaler Carl Ludwig Noah Bantzer (1857-1941), wohl renommiertester Vertreter jener Künstlergeneration, deren Aufbruch im späten 19. Jahrhundert zugleich ein Rückzug in die Idylle war, besuchte am Beginn der 1880er Jahren mehrfach zu Studienaufenthalten das Dorf Niederwalgern, wo er in der Gastwirtschaft Heuser („Im Krug zum grünen Kranze“, damals noch im Dorf: *Gehanns*) logierte (vgl. Becker 2010). In dieser frühen Zeit seines Schaffens sind an den Arbeiten, die in Niederwalgern entstanden, auch Ansätze seiner künstlerischen Entfaltung abzulesen, seiner Entwicklung vom Genremaler zum akademischen Lehrer, vom trivialen Motiv zu einer changierenden Synthese zwischen Impressionismus und Realismus im Monumentalbild. Durch den Tod seiner ersten Frau Claire 1887 und seiner Verarbeitung im Historienbild ‚Wallfahrer am Grabe der heiligen Elisabeth‘ bereits angestoßen, erhielt er während eines Parisaufenthaltes 1890 dann jedoch Anregungen zur monumentalen Inszenierung religiöser Sujets; als erste große Arbeit dieses Genres entstand 1890/92 das ‚Abendmahl in einer hessischen Dorfkirche‘.

Viele Skizzen und Vorstudien gingen diesem Bild voraus. An vielen Abendmahlsfeiern nahm er, zunächst auf die Anregung seiner Mutter hin, in Willingshausen teil. Um die Positionen und Körperhaltungen der Kommunikanten beim Empfang des Abendmahls arrangieren zu können, fertigte er zahlreiche Fotografien von Schwälmerinnen und Schwälmern in Tracht, und er ließ im Merzhäuser Schulsaal ein Atelier mit dem Interieur einer Kirche einrichten, dann 1891 in Willingshausen sogar ein hölzernes Modell nachbauen, das maßstabsgetreu der Dorfkirche in Wenkbach nachempfunden war. Dazu schrieb er selbst in seinem Buch „Hessen in der deutschen Malerei“, er sei im Frühjahr 1891 zu dem Entschluss gekommen, sich selbst eine Kirche aus Holz zu bauen, „und zwar nach dem Vorbild der Kirche im Dorfe Wenkbach bei Marburg. Studien von Kirchenräumen hatte ich in der Totenkirche auf dem Schönberg bei Röllshausen, in Cappel bei Marburg und in Wenkbach gemalt. Die Wenkbacher Kirche gab mir das, was ich suchte: einen schlichten weißgetünchten Raum mit farbig gestrichenen

Bänken und einem dämmerigen Altarraum. So wurde auch meine Holzkirche.“



Gesamtstudie zum „Abendmahl in einer hessischen Dorfkirche“, 1891 (Privatbesitz Unkel, ausgestellt 1977)

Gerade das ‚Abendmahl‘ lässt Wahrnehmung, Absicht, Deutung Bantzers erkennen, erlaubt uns einen Blick auf die Widersprüchlichkeit der Volkslebenmalerei, auf jene innere Verunsicherung, die sich zwischen realistischer Wahrnehmung und der Apodiktik sentimentalischer Verklärung auftut (Scharfe 1990). Die sorgfältige, ja penible Vorbereitung zur Komposition der Bildidee zeigt, dass die Bilder Bantzers nicht unmittelbare Reaktion auf einen Eindruck, nicht Abbild der Realität waren, sondern jeweils langer Prozess suchender, definierender, selektierender und synthetisierender Arbeit, zu der er auch den Fotoapparat als moderne Technik nutzte, um Bildwirkungen zu erproben, in die aber auch Stimmungen, Emotionen, Sehnsüchte eingingen. Das Abendmahl repräsentiere, so urteilen die Ausstellungsmacher 1977, „die früheste, sezessionistische Stufe einer noch gläubig-hoffnungsvollen ästhetischen Geschmacks-wende der bürgerlichen Kultur (Carl Bantzer 1977: 28).

Es war eine Hinwendung zum Land, zu den vom etablierten Bürgertum lange verachteten Bauern, die nun idealisiert wurden, zum Gegenentwurf gerieten in einer Gesellschaft, die zunehmend von der Industrialisierung geprägt war, von sozialen Krisen und Konflikten erschüttert wurde. Noch hatte sich die Heimatschutzbewegung nicht organisiert, noch drängte die bürgerliche Jugend nicht hinaus in die

Natur, als Künstler sich dem Dorf zuwandten und das einfache Leben entdeckten. Im Volksleben glaubten sie Werte zu finden, die ihnen in der bürgerlichen Kultur verloren zu gehen schienen: es sind Projektionen der eigenen Ängste und Sehnsüchte, die in den Bildern der Hessenmalerei ihr Abbild erhielten. Einer ihrer letzten Repräsentanten, musste Bantzer dann auch den ideologischen Missbrauch der Bauernmalerei, eine Umdeutung der längst überholten Ideale seiner eigenen Jugend im Nationalsozialismus erfahren, ja vielleicht auch erkennen, dass die Ideologie in der Idealisierung vorbereitet worden war. Die Idylle, die wir in seinen frühen Skizzen und Bildern finden, erwies sich als trügerisch: eine unheimliche Idylle, die nur sentimentale Retusche für die Brüche, nicht aber Zukunftsentwurf sein konnte.

Das Vorbild der Wenkbacher Kirche ist allgemein bekannt; auch in der Chronik von Wenkbach wird darauf hingewiesen. Auf der Suche nach einer geeigneten Dorfkirche skizzierte Bantzer aber noch andere Kirchenräume der Marburger Landschaft, darunter auch die Kirche in Niederwalgern. Die Skizze ist bezeichnet *Niederwalgern 25.6.90*; und wir finden auch in seinen Briefen Belege dafür. Diese Skizze zeigt deutlich, dass er neben der Fotografie als dem neuen Medium der Dokumentation noch immer großen Wert auf konventionelle künstlerische Verfahren legte (Carl Bantzer 1977: 92). Auf der Zeichnung ist gut noch die alte Emporenbrüstung (vor der Kirchenerweiterung 1897) zu erkennen sowie das alte Altarkreuz, das offenbar kein Corpus trug.



Carl Bantzer: Skizze zum Interieur der Niederwälgler Kirche, bez. *Niederwalgern 25.6.90* (Bildarchiv Foto Marburg)

Warum er von den Stationen an der Main-Weser-Bahn gerade Niederwalgern wählte, mag zufällig gewesen sein. Denkbar ist, dass er das Dorf anlässlich eines Verwandtenbesuchs kennenlernte, den er vielleicht einmal zusammen mit seiner Mutter bei Pfarrer Hampe in Niederwalgern abstattete; Auguste Bantzer geb. Röhrig war über ihren Großvater, den Pfarrer Johann Friedrich Soldan, mit Hampe verwandt, dessen Tochter Maria 1854 den

Pfarrassistenten Ferdinand Soldan in Marburg geheiratet hatte (von Petersdorff 2010: 282). Darauf könnte Bantzers Bemerkung in „Hessen in der deutschen Malerei“ hindeuten, dass ihn Besuche bei Verwandten und Freunden in der Nähe Marburgs zu längeren Aufenthalten auf dem Land veranlasst hätten. Wahrscheinlicher ist, dass er zusammen mit anderen Künstlern hierher kam; ausdrücklich erwähnt er den Maler Wilhelm Claudius aus Dresden, mit dem

er 1884 und 1885 vor einigen Schwalmaufenthalten mehrere Wochen in Niederwalgern gearbeitet habe. Und ziemlich sicher dürfen wir annehmen, dass er zusammen mit Fritz Klingelhöfer (1832-1903) hier war, der den jungen Bantzer als Mentor förderte, ja in seiner Professionalität und seinem sozialen Prestige für Bantzer auch Vorbild wurde. Bantzer hatte Klingelhöfer 1874 durch Vermittlung des Marburger Malers Wilhelm Ritter kennengelernt und bewohnte, als er 1875 zum Besuch der Kunstakademie nach Berlin ging, mit ihm ein gemeinsames Zimmer. Später in Marburg versammelte sich eine Künstlergesellschaft im Café Scharmann, das als Anbau am Klingelhöferschen Hause (heute: Café Vetter) genügend gastlichen Raum bot und mit Werken Klingelhöfers geschmückt war; zu dieser Tafelrunde gehörte, wie Bantzer in seinen Erinnerungen an Klingelhöfer schrieb, auch der Konservator Ludwig Bickell, „der mit fast noch größerem

Eifer als Klingelhöfer hessische Altertümer für das Museum des Hessischen Geschichtsvereins sammelte“ (Bantzer 1932: 83). Möglich wäre also durchaus, dass Bantzer zugegen war, als Bickell die Aufnahme vom Kirchberg in Niederwalgern fertigte, die als Vorlage für Klingelhöfers Gemälde diente (Becker 2010). Klingelhöfer, von dem etliche Gemälde mit Landschaftsimpressionen der Marburger Landschaft, von Dorf und Burg Nordeck, vom Salzbödetal oder dem Christenberg bekannt sind (Bantzer/Baeumerth 1993: 82), dürfte auch in Niederwalgern gewesen sein; hier soll sein Bild einer weidenden Schafherde entstanden sein, vielleicht an der Wälger Mühle von der Heerstraße aus gesehen, auch wenn der Höhenzug im Hintergrund den Oberwald nicht realistisch wiedergibt. Er ist vielleicht aus der Erinnerung gezeichnet, vielleicht auch aus Skizzen oder Fotos komponiert, eine häufige Praxis Klingelhöfers als Auftragsmaler.



Fritz Klingelhöfer: Schafherde bei Niederwalgern, um 1890 (Bildarchiv Foto Marburg)

Leider findet sich in den Briefen Bantzers kein eindeutiger Beleg für einen gemeinsamen Besuch mit Klingelhöfer oder Bickell in Niederwalgern. Immerhin wird darin der Besuch in Niederwalgern erwähnt, währenddessen die Skizze des Kircheninnenraums entstand; am

27. Juni 1890 schrieb er aus Willingshausen an seine Mutter: *Dienstag und Mittwoch war ich in Marburg u. Umgebung um ein paar Kirchenräume zu malen. Onkel Fritz traf ich beim Frühschoppen, er sah sehr wohl aus und war recht vergnügt. [...] In Niederwalgern bin ich*

auch gewesen, von den Jungens war aber keiner mehr da [womit er die Söhne Hannes und Heinche des Gastwirts Heuser meinte, die er 1884 auch porträtierte; vgl. Becker 2010]. Am 10. Oktober 1890 schrieb er dann nochmals an Auguste Bantzer und Johanna Neymann: *Unser Ausflug nach Amöneburg am Sonntag war sehr schön. Montag bis Mittwoch bin ich in Marburg, Kappel, Wenkbach und Niederwalgern gewesen um Kirchenstudien zu machen.* Und hier erwähnt er auch das große Feuer in Wenkbach, das ein Gebäude völlig zerstörte: *Als ich vorgestern von Walgern nach Niederweimar ging, kam ich in Wenkbach zu einem großen Brand, ich habe da noch eine halbe Stunde geholfen Wände einzureißen, daß ich heute noch lahm in allen Knochen bin.*

An die Freundschaft des jungen Bantzer mit Fritz Klingelhöfer und Ludwig Bickell erinnerte viel später der Göttinger Germanist Edward Schröder, dem wir einen einfühlsamen Nachruf auf Bickell verdanken und der auf den Artikel, den Bantzer 1932 zum hundertsten Geburtstag Klingelhöfers in der Zeitschrift *Hessenland* und in der Oberhessischen Zeitung gebracht hatte, am 5. April 1932 ein paar Zeilen der Anerkennung und des Dankes an Bantzer schrieb. Er habe gerade den *schönen Gedächtnisartikel für den alten Klingelhöfer gelesen, und es drängt mich, Ihnen für den Genuß und die Freude zu danken, die er mir bereitet hat. Ich habe den alten Herrn nur ein einziges Mal flüchtig im Geleit Bickells kennengelernt, aber er gehörte ja lange Jahre zu den eindrucksvollen Erscheinungen im Straßenbilde Marburgs. Trotzdem wußte ich wenig von ihm; nur, daß*

er ein abenteuerliches Leben in verschiedenen Weltteilen geführt hat, und daß mein lieber alter Freund (und entfernter Verwandter) Ludwig Bickell von ihm mit der für ihn so charakteristischen Mischung von Respekt und Ingrimm sprach. Alle drei – Bantzer, Bickell und Klingelhöfer – haben die Niederwälder Kirche abgebildet: Bickell im Foto, Klingelhöfer in Öl, und Bantzer mit dem Zeichenstift. Sollten sie sich da nicht auch ausgetauscht haben mit ihren Eindrücken und Wahrnehmungen dieses Baudenkmals?

Quellen und Literatur: Carl Bantzer 1857-1941. Foto, Zeichnung, Gemälde. Synthetischer Realismus. Ausstellungskatalog, Marburg 1977. – Küster, Bernd, und Paul Jürgen Wittstock (Hrsg.): Carl Bantzer (1857-1941). Aufbruch und Tradition. (Marburger Universitätsmuseum für Kunst und Kulturgeschichte) 2. erw. Aufl. Bremen 2003. – Bantzer, Carl: Hessen in der deutschen Malerei. Erster Teil: Die Maler der Schwalm. Mit Kunstchronik von Willingshausen. Marburg 1935, 4. Aufl. Marburg 1979; erw. und neu hrsg. von Angelika Baeumerth. Marburg 1993. – Küster, Bernd: Carl Bantzer. Marburg 1993. – Bantzer, Carl: 100. Geburtstag des Malers Klingelhöfer. In: *Hessenland* 43, 1932, S. 80-84. – Bantzer, Andreas (Hrsg.): Carl Bantzer. Ein Leben in Briefen. Briefe, Berichte, Werksverzeichnis. 2. Aufl. Willingshausen 1998. – Becker, Siegfried: Ein Denkmalstreit um die Kirche 1897. In: *Niederwalgern 1235-2010. Ereignisse und Erinnerungen aus 775 Jahren.* (Historische Schriften der Gemeinde Weimar/Lahn 1) Weimar/Lahn 2010, S. 229-238. – ders.: Carl Bantzer in Niederwalgern. In: ebd., S. 415-422. – von Petersdorff, Friedrich: Die Chronik des Pfarrers Hampe. In: ebd., S. 277-282. – Scharfe, Martin: Hessisches Abendmahl. Exkurs zu Wissenschaft und Vergewisserung in volkskundlichem und folkloristischem Tableau. In: *Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung* 26, 1990, S. 9-46.

Kleine Mitteilung

Hausnamen-Missverständnisse. Viele Hausnamen in unseren Dörfern sind noch gut zu verstehen oder leicht zu deuten, wenn sie sich von Familien- oder Taufnamen früherer Besitzer der Häuser und Höfe ableiten. Seit einigen Jahren werden in etlichen Dörfern Holzschilder an Wohnhäusern oder Bäuhen angebracht, die zur Kenntnis und Überlieferung der alten Hausnamen beitragen sollen. Dabei werden dann allerdings auch merkwürdige Fehldeutungen festgeschrieben. Anlässlich der 775-Jahrfeier in Niederwalgern 2010 wurden auch hier auf Initiative von Wilhelm Herrmann solche Schilder gefertigt und verteilt. Einige Landwirte, die ihre Betriebe noch bewirtschaften, haben zum Hausnamen noch „Hob“ dazusetzen lassen, worin sicherlich die Absicht der Distinktion mitgewirkt hat. Dabei ist ein Kuriosum entstanden: am Keiln-Hof hängt nun ein Schild: „Keins Hob“. Immerhin ist der Hausname nicht „Kain“ geschrieben, wie es im Dorf heute zumeist üblich ist, denn die Assoziation zum biblischen Brüderpaar wird ja durch den Familiennamen Abel geradezu provoziert, der in Oberwalgern

alteingesessen ist und früher auch in Niederwalgern vorkam. „Kain“ aber ist von unseren Vorfahren weder als Tauf- noch als Familienname gewählt und gegeben worden, wohl, weil er wegen des Brudermords eindeutig negativ besetzt war. Aber auch die Genitivbildung „Keins“ zeigt, dass die Herkunft des Namens nicht mehr bekannt ist. Denn „Kein“ ist ja bereits Genitiv, er bedeutet: „der Keilen Hofreite“, also: der Hof der Bauernfamilie Keil. Wir müssten daher besser „Keiln“ schreiben, mit kaum hörbar gesprochenem „l“. Der Familienname kommt ja noch heute in Stedebach vor (Pirrersch), und wir kennen auch in Niederwalgern einen Namensträger, nach dem der Hof wohl benannt wurde: 1592 wird Johann Keil im Salbuch genannt, und in der Schadensliste 1640 ist Hans Keyll aufgeführt, vielleicht sein Sohn oder Enkel. „Keiln“ ist daher gewiss einer der älteren, schon im späten 16. Jahrhundert entstandenen Hausnamen in Niederwalgern. Seine Herkunft ist eindeutig; „Keiln“ ist schon der besitzanzeigende Genitiv, der nicht gedoppelt werden muss – es heißt also „Kein Hob“. S. Becker

Die Erfassung von Wenkbach im Ostsiedlungsprojekt der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung 1936-1943

von Siegfried Becker

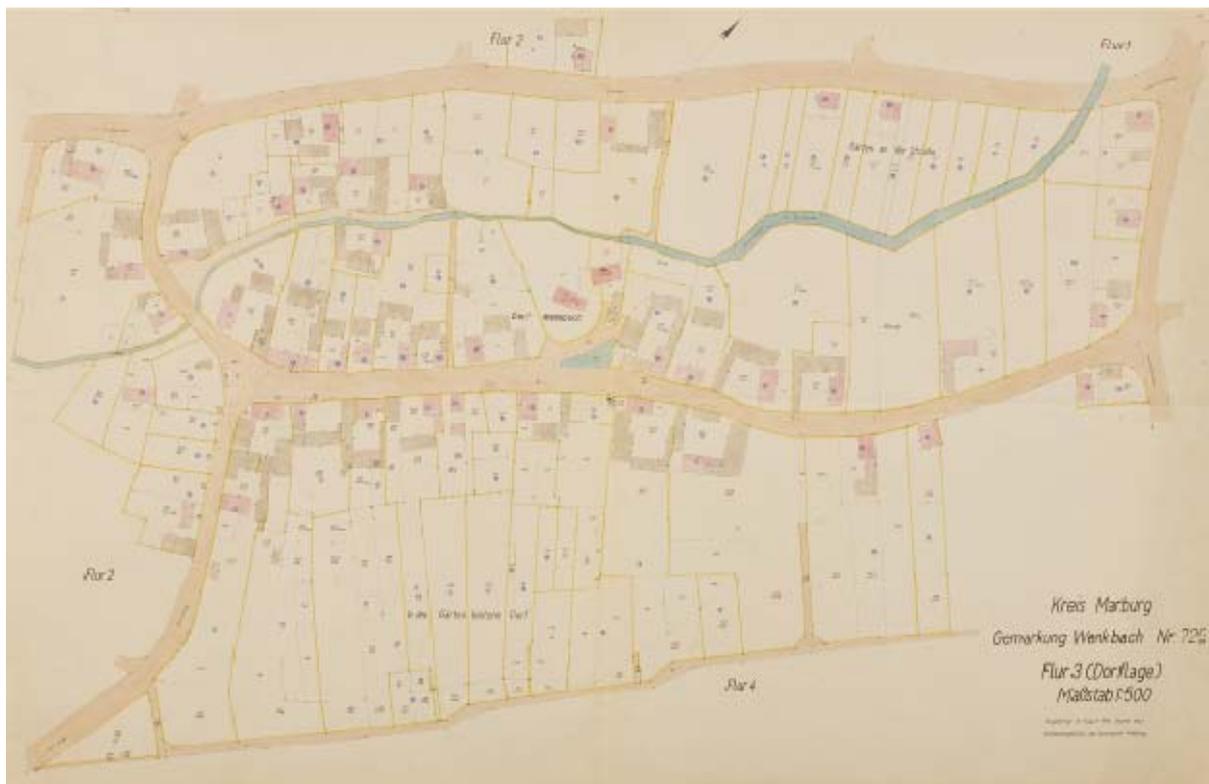
Unmittelbar nach dem Einmarsch in Polen, mit dem das Deutsche Reich 1939 seine aggressive Expansionspolitik in Osteuropa in militärische Praxis umsetzte und damit den Zweiten Weltkrieg eröffnete, wurden auch imperialistische und rassistische geopolitische Planungsmaßnahmen aufgenommen. In Posen, Danzig und Kattowitz wurden schon im Dezember 1939 Bodenämter der SS eingerichtet, die landwirtschaftliche Betriebe nach der Nationalität ihrer Besitzer aufschlüsseln und Enteignungslisten erstellen sollten, um Nutzflächen für Umsiedlungsprojekte zu erfassen. Das Zentralbodenamt registrierte bis Jahresende 1941 einen „Landvorrat“ von 1,1 Millionen ha in Danzig-Westpreußen, von knapp 3,2 Millionen ha im Warthegau, von rund 1,3 Millionen ha in Ostpreußen und von knapp 500.000 ha in Oberschlesien. Woher sollten die Siedler kommen, die auf diesem Land ansässig werden sollten?

Als „Generalplan Ost“ wurde ein Planungskomplex bezeichnet, der das Stabshauptamt beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) und die von Konrad Meyer geleitete Amtsgruppe III B (Volkstum) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) umfasste. Bereits zum Jahresbeginn 1940 lagen die „Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete“ des RKF vor, im November 1941 legten das RSHA und im Mai das Stabshauptamt RKF die Entwürfe für den „Generalplan Ost“ vor, der in den „Generalsiedlungsplan“ des RKF 1942/43 mündete (Münk 1993; Heinemann 2003: 359ff). Meyer hatte in einer Prognose 1942 drei Siedlungsmarken im Baltikum, in der Ukraine und in der Region um Leningrad sowie 36 weitere Siedlungsstützpunkte vorgesehen, für deren „Eindeutschung“ im Laufe von 25 Jahren etwa 3,345 Millionen deutschstämmige Siedler benötigt würden sowie nochmals 1,5 Millionen für weitere eingegliederte Gebiete. Ihre Freisetzung sollte durch eine „Entstädterung“, aber auch durch großangelegte Umsiedlungsprojekte in den klein- und mittelbäuerlich strukturierten Dörfern im Westen des Deutschen Reiches erfolgen.

Der Siedlungsraum in den eroberten Gebieten sollte zunächst geschaffen werden durch Zwangsarbeiterverschleppungen der arbeitsfähigen

Bevölkerung für die deutsche Rüstungsproduktion und Landwirtschaft sowie durch Deportationen „nach Sibirien“, doch wurde das Vorhaben schon 1942 ersetzt durch die Direktive „vor Ort verhungern lassen“ oder „Vernichtung durch Arbeit“. Neben Meyers „Generalplan Ost“ wurden mit der Eingliederung von Teilen Weißrusslands als „Generalkommissariat Weißruthenien“ ins „Reichskommissariat Ostland“ auf Instruktion Alfred Rosenbergs auch dort die rücksichtslose Eindeutschung und Kolonisierung vorangetrieben, ein Projekt, in das etwa 200.000 Bauern aus Baden und Westfalen eingebunden werden sollten, die durch Betriebszusammenlegungen ihre Höfe verlieren würden (Gerlach 1999). Dieser gewaltige raumordnungspolitische Planungskomplex war vorbereitet und ideologisch legitimiert worden durch das nationalsozialistische Lebensraumkonzept (dem von Hans Grimm literarisch vorformulierten „Volk ohne Raum“; vgl. Gümbel 2003) und beabsichtigte eine bevölkerungspolitische Neuordnung Ost- und Mitteleuropas durch ethnische Selektion, durch eine „rassische Durchmusterung“ der Bevölkerung, die als „Totalerfassung“ gedacht war und nicht nur in den eroberten Gebieten umgesetzt werden sollte, sondern schon vor Kriegsbeginn im Deutschen Reich vorbereitet war, auch im Kreis Marburg, wo etwa das Dorf Wenkbach als „Typengemeinde“ ausgewählt und demographisch erfasst wurde.

Durch das „Gesetz über die Regelung des Landbedarfs der öffentlichen Hand“ vom 29. März 1935 wurde eine „Reichsstelle für Raumordnung“ gegründet und durch Erlasse vom 26. Juni und 18. Dezember 1935 Hitler direkt unterstellt. Sie sollte die Verteilung des Bodens und seine Nutzung nach „bodenverbundenem Siedlungs-, Wirtschafts- und Volksaufbau sicher[stellen]“ und den „Ansprüchen nach militärischer Sicherheit gerecht werden“. Eine „Lösung der zahlreichen und großen Probleme ohne eine enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und Forschung [sei] nicht denkbar“, postulierte der Leiter der Reichsstelle, Minister Hanns Kerrl, und diese Einbindung der Wissenschaft wurde auch an der Universität Marburg zügig umgesetzt.



Kartenblatt mit dem Siedlungsgrundriss von Wenkbach (Archiv des Instituts für Europäische Ethnologie der Universität Marburg, Best. Kurhessisches Landesamt für Volkskunde)

Unter den in Marburg eingerichteten sieben Fachgruppen befand sich eine Abteilung „Volkstum“, deren Leitung der Germanist Bernhard Martin (1889-1983) übernahm. Martin hatte 1914 bei Ferdinand Wrede mit einer Dissertation über „Dialektgeographie des Fürstentums Waldeck und des nördlichen Teils des Kreises Frankenberg“ promoviert; 1922 betraute ihn Wrede mit der Bibliothekarsstelle am Deutschen Sprachatlas (StAMR 310, Acc. 1992/55, 6317: Personalakte). Ab 1934 baute er eine „Volkskundliche Sammlung“ als Bildarchiv mit Fotografien zu Hausbau, Fachwerk, Kratzputz und hessischen Trachten auf, und nach seiner Ernennung zum Honorarprofessor 1935 bot er auch Lehrveranstaltungen zu volkskundlichen Themen an, las über „Das hessische Bauernhaus“ und über „Sitte und Brauch“, über „Die deutsche Bauerntracht“ und „Das Volkslied“.

1938 wurde Martin zum Leiter des neugegründeten Kurhessischen Landesamtes für Volkskunde ernannt (vgl. Becker 2005). Seine Ausbildung in der Dialektgeographie mit ihrer kartographischen Darstellung nutzte er nun auch für die Volkskunde in der Kartenaufnahme von Brauch und Gerät nach dem Vorbild des Sprachatlas. Das mag ihn für die Bestrebungen zum Aufbau einer „Raumforschung“

geradezu prädestiniert haben, die an der Universität Marburg 1936 begonnen hatten. Am 2. Juni 1936 hatte Rektor Baur die Direktoren der Institute und Seminare, wissenschaftlichen Anstalten und Sammlungen zu einer Sitzung eingeladen, die am 9. Juni im Senatssaal des Universitätshauptgebäudes stattfand und über „Organisation und Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität“ informieren sollte, die der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) in Berlin unterstellt war. Auf dem Programmzettel machte sich Martin bereits Notizen über mögliche Arbeitsvorhaben – *Bevölkerung? Erbsitte, Trachten, Sprache* (Eur.Ethn., Fasz. 2). Dass die Raumforschung unmittelbar praktische, anwendungsorientierte Arbeit zu leisten hatte, kam Martin offensichtlich sehr entgegen; an theoretischen Diskursen desinteressiert, fand er hier Aufgaben, die nicht nur seinen dialektologisch-kartographischen Interessen und Kompetenzen entgegenkamen, sondern auch politische Anerkennung versprochen.

Nach dem Tod von Rektor Baur 1936 übernahm zunächst der Privatdozent für Geographie Dr. Kurt Düring die Leitung. Im Spätsommer 1938 aber bat Düring die RAG Berlin *wegen anderer Arbeiten*, ihn von seinem Amt als Leiter der Hochschularbeitsgemeinschaft in

Marburg zu entbinden; der zuständige Referent nahm daraufhin mit dem Herrn Rektor der Universität Marburg Fühlung auf, um die Ernennung eines Nachfolgers abzusprechen. Die Wahl fiel, vom Rektor wärmstens unterstützt, auf Martin, der seine Bereitschaft postwendend mitteilte und am 30. September die Leitung der RAG-Dienststelle übertragen erhielt (Eur. Ethn., Fasz. 3). In dieser Funktion wurde Bernhard Martin dann auch im Januar 1939 vom Oberpräsidenten in Kassel als Mitglied in den Beirat der Bezirksstelle Kassel der Landesplanungsgemeinschaft Hessen-Nassau berufen. Dass er damit zu einer Nahtstelle zwischen Politik und Wissenschaft wurde, hat sein Selbstwertgefühl (sein „Pflichtgefühl“) beträchtlich gesteigert (zur politischen Einflussnahme auf die Hochschule vgl. Nagel 2000).

Von der RAG wurde Martin schon 1938 beauftragt, eine Untersuchung über die Landflucht in den Gebieten der Landesbauernschaften Hessen-Nassau und Kurhessen durchzuführen. Mit diesem Projekt zur Landfluchtfrage war Martin bereits tief eingebunden in die Planungen von Umsiedlungsmaßnahmen der „Ostsiedlung“. Schon nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Pakt vom 23. August 1939 und dem deutschen Angriff auf Polen begannen die Planungen zu den mit Stalin vereinbarten Umsiedlungen deutschsprachiger Bevölkerung aus der Sowjetunion, die unter dem Aufruf „Heim ins Reich“ die Aufsiedlung polnischer Gebiete nach der Vertreibung der dort ansässigen Bevölkerung vorbereiten sollten. In der Folge wurden aus der Sowjetunion, den baltischen Ländern, aus Wolhynien, Rumänien und Jugoslawien fast eine Million Menschen in den Warthegau und nach Westpreußen umgesiedelt; viele von ihnen kamen während der Kriegswirren gar nicht in den Zielgebieten an, sondern mussten in Lagern ausharren. Mit diesen Umsiedlungen aus Ost- und Südosteuropa waren jedoch die Pläne keineswegs erfüllt, vielmehr liefen nun verstärkt die Planungen zur West-Ost-Umsiedlung an.

Zu Beginn des Jahres 1940 erging der Auftrag zur konkreten Vorbereitung der Umsiedlung von Familien aus den hessischen Landkreisen in die eroberten Gebiete Osteuropas. Am 30. März 1940 erreichte den Landrat des Landkreises Marburg ein Schnellbrief des Regierungspräsidenten in Kassel mit dem Betreff *Umsiedlung nach dem Osten* (StAMR 180 LA Marburg: A 1959): *Innerhalb des Regierungsbezirks Kassel sind auf Veranlassung der Reichsstelle für Raumordnung und des Reichs-*

nährstandes in Zusammenarbeit mit der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und unter Beteiligung zahlreicher sonstiger Stellen Untersuchungen einzuleiten, die dem Ziel einer Umsiedlung hier ansässiger Bevölkerungsteile in die wiedergewonnenen Ostgebiete nach dem Kriege und der Planung für die Ausgestaltung der Siedlung im kurhessischen Raum dienen. Der Herr Oberpräsident hat einen Umsiedlungsausschuß gebildet, der heute die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung in Marburg, die unter Leitung des Herrn Prof. Martin steht, mit den Vorarbeiten beauftragt hat. Zu diesem Zweck finden in jedem Kreise teilweise gemeinsam für mehrere benachbarte Kreise ab 4. April 1940 örtliche Besprechungen statt, deren Termine festgelegt sind. Den Termin und die Einzuladenden wird Prof. Martin den Herren Landräten mitteilen. Ich ersuche, für diese Besprechungen die in dem Schreiben der Reichsarbeitsgemeinschaft Genannten einzuladen und bei der Bedeutung der Sache selbst an den Verhandlungen teilzunehmen, ferner soweit sie in Ihrem Kreise stattfinden, einen Raum zur Verfügung zu stellen. Bei der uns gesetzten kurzen Frist müssen die Ladungen gegebenenfalls fernmündlich erfolgen. gez. von Monbart.

Martin lud am 2. April 1940 die Landräte sämtlicher Kreise sowie nachgeordnet die Kreisbauernschaften, die Landwirtschaftlichen Schulen, Staatlichen Gesundheitsämter und Arbeitsämter zu einer Tagung nach Marburg ein, auf der über die *Neuordnung der Boden- und Besitzverhältnisse Kurhessens in Verbindung mit dem Aufbau des deutschen Ostraumes* informiert werden sollte. Die daraufhin anlaufenden Erhebungen waren bereits im Sommer 1940 soweit vorangeschritten, dass auf einer Tagung der RAG in Bad Kreuznach am 16.10.1940 Instruktionen über die Form der zu erarbeitenden Berichte ausgegeben werden konnten; Martins Mitarbeiter Dr. Horst Lehrke, der als Vertreter des Marburger Amtes teilnahm, legte zur Information der Marburger Arbeitsgruppen ein ausführliches Protokoll vor. Für die vorgesehenen Umsiedlungsmaßnahmen wurden Untersuchungen von Typengemeinden durchgeführt, in denen dezidierte Angaben über Sozialstatus, Größe und Zusammensetzung der erfassten Familien erhoben wurden, um bauliche und wirtschaftliche Verhältnisse der grundsätzlich als Familienbetriebe vorzusehenden zukünftigen Betriebe planen zu können; die auf großformatigen Bögen erstellten Diagramme sind erhalten, darunter

auch sechzehn Bögen der Erfassung von Wenkbach im Kreis Marburg.

Wenkbach/Kreis Marburg/Kurhessen
 Altersgliederung, Kinderzahl u. Zuverdienst in den Haushalten
 mit unter 1ha Anbaufläche
 Tafel II
 Stand 1937

Verwaltungsrates der Landesplanungsgemeinschaft Hessen-Nassau am Freitag, den 9.5.1941 im Kulturhaus zu Kassel, Typoskript). Ganz ähnlich auch die Argumentation in einem Bericht des Oberpräsidenten über „West-Ostsiedlung. Belange der gewerblichen Wirtschaft“ vom 4.2.1941.

Dies wird auch am Beispiel Wenkbach deutlich, dessen statistische Erfassung schon im Februar 1941 abgeschlossen war: hier wurden 9 Familien mit 29 Personen über 14 Jahren und 12 Kindern zur Umsiedlung vorgesehen; 34,41 ha Ackerland aus dem Besitz der Umsiedler sollten damit freigesetzt und zur Aufstockung der bestehenden Betriebe genutzt werden.

Wenkbach/Kreis Marburg/Kurhessen
 Altersgliederung, Kinderzahl u. Zuverdienst in den Haushalten
 mit unter 1ha Anbaufläche
 Tafel II
 Stand 1937

Im März 1941 wohl soweit abgeschlossen, dass die *Ausarbeitung eines Wunschbildes* vorgesehen werden konnte, hatte Martin für diese Erhebungen vier Kreise mit 84 Typengemeinden und ebenso viel Gruppen gleichartiger Gemeinden ausgewählt und für jede einzelne Gemeinde dieser Kreise eine Kontrolluntersuchung im Benehmen mit der Landesbauernschaft durchgeführt [...], um aus diesem Ergebnis auf die Richtigkeit der Typenmethode für das Gesamtgebiet zu schließen (Eur.Ethn., Fasz. 3: Geschäftsbericht der Landesplanungsgemeinschaft Hessen-Nassau für die Zeit vom 1.4.1939 bis 31.3.1941, S. 32), doch riefen diese ersten Ergebnisse der statistischen Erfassung aufgrund des Umfangs der vorgesehenen Bevölkerungsverchiebungen Widerspruch hervor; so ist in der Niederschrift einer Sitzung der Landesplanungsgemeinschaft vom 9. Mai 1941 in Kassel festgehalten, es könne sich *nur um theoretische und Durchschnittszahlen handeln*. So seien für den Kreis Frankenberg mit seinen 35.000 Einwohnern z.B. 40% zur Umsiedlung vorgesehen. Praktisch sei an eine Abgabe so vieler Menschen aus dem Kreise Frankenberg selbstverständlich nicht zu denken (ebd.: Niederschrift über die Sitzung des

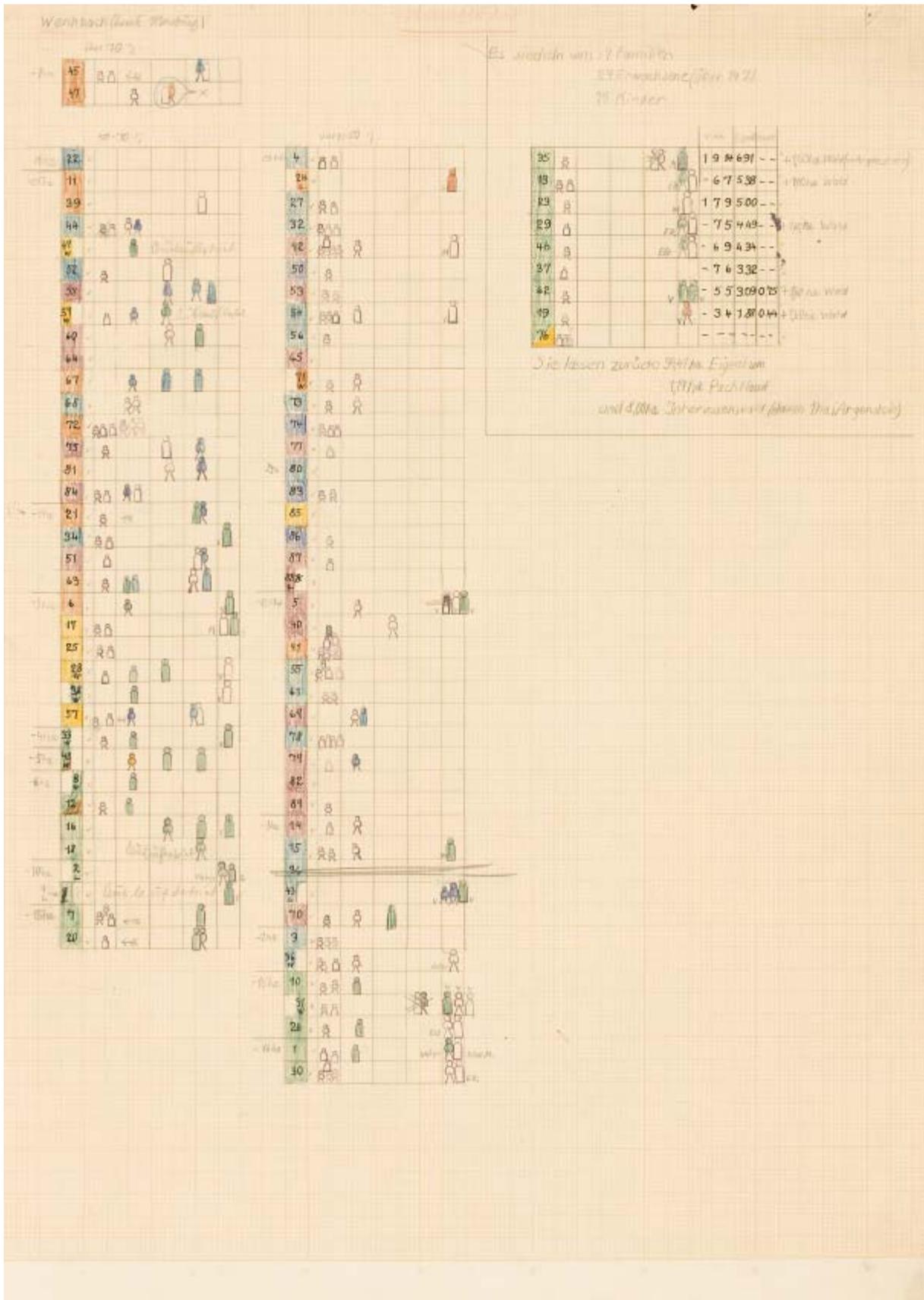
Die Auswertung älterer sozialstatistischer Daten in diesem Projekt zur „Ostsiedlung“ (wie hier von Altersgliederung, Kinderzahl und Zuverdienst in den Wenkbächer Haushalten unter 1 ha Anbaufläche von 1937) zeigt, dass schon weit früher mit systematischen Vorbereitungen der Planungen begonnen worden war. Wie schon die industrielle Produktion lange vor Kriegsbeginn auf die Rüstung eingestellt wurde (Hachtmann 1989), muss bereits die Untersuchung zur Landflucht in Hessen-Nassau und Kurhessen als konkrete Vorstufe zur Planung der Ostsiedlung gewertet werden;

auch daran war Bernhard Martin schon beteiligt. Für dieses Landfluchtprojekt hatte Martin als Sachbearbeiter Walter Löhlein eingestellt, der mit den Ergebnissen der Studie promovieren wollte. Die Promotion Löhleins erfolgte im Juni 1940; eine zunächst geplante Drucklegung kam dann allerdings aufgrund der kriegsbedingten Papierverknappung und des Aktualitätsverlustes der Arbeit nicht mehr zustande.

Dieses Projekt, im Kontext einer Verlagerung der Agrarforschung von der Darréschen Bauernschafts- und Erbhofideologie zu agrartechnischer Modernisierung und bevölkerungspolitischen Maßnahmen angesiedelt, geriet bald in einen heftigen Streit um Kompetenzen und Zuständigkeiten mit dem in Gießen lehrenden Professor Willeke, der für die RAG die wirtschaftliche Raumforschung an der Gießener Universität vertrat; in dieser Auseinandersetzung verteidigte Martin eifersüchtig seinen alleinigen Anspruch auf das Forschungsfeld, so dass schließlich der bei der RAG für die Landfluchtfrage zuständige Sachbearbeiter Dr. Thiede in einem ausführlichen Schreiben schlichtete und Martin erläutern musste, dass ein *unkameradschaftlicher Übergriff* und *unfreundliches Verhalten* seitens des Gießener Kollegen nicht bestehe, und noch im März 1940 schaltete sich - möglicherweise auf Martins Ersuchen hin - der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau in diese Kompetenzstreitigkeiten ein und teilte der RAG in Berlin mit, dass er wegen der für Gießen zu umfangreichen Aufgaben die RAG-Dienststelle in Marburg vorläufig beauftragt habe, *die wissenschaftliche Oberleitung für die Provinz Hessen-Nassau in die Hand zu nehmen* (StAMR Best. 305a, acc. 1992/55, 4348, fol. 26: Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau vom 4.3.1940).

Diese Strukturplanung zur Eindämmung der „Landflucht“ wurden notwendig, als nach dem Anlaufen der industriellen (Rüstungs-) Produktion der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt zusammenbrach, der zunächst noch durch ideologische Überhöhung der bäuerlichen Arbeitsorganisation aufrecht erhalten werden sollte. Das am 20.1.1934 erlassene Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit hatte nach der Zerschlagung der Gewerkschaften das Betriebsrätegesetz außer Kraft gesetzt und das Führer-Gefolgschafts-Prinzip auch in der betrieblichen Arbeitsorganisation der Landwirtschaft verankert – die Entmachtung der Arbeiter war vollzogen (vgl. Fahle 1986). Die mit den Hoffnun-

gen einer Reagrarisierung verbundenen sozial- und agrarpolitischen Zielsetzungen vor allem des erbhofpolitischen Konzepts hatten die Konservierung überkommener – und idealisierter – bäuerlicher Besitz- und Sozialstrukturen beabsichtigt und die Herauslösung der bäuerlichen Familienbetriebe aus dem Kapitalismus (und damit – bei der zunächst vorhandenen Rezession noch ohne schwerwiegendere Folgen – aus der übergreifenden Dynamik der kapitalistischen Industriegesellschaft) propagiert (Grundmann 1979; Barkai 1977). Mit der Gleichschaltung der berufsständischen Vertretungen – darunter auch der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Kassel und des Kurhessischen Landbundes – in der Landesbauernschaft Kurhessen als Führungsorgan des Reichsnährstandes wurde zunächst versucht, in einer extrem antimodernistischen Konzeption der Arbeitsverfassung auch die Lohnarbeitskräfte in einen ideellen Interessenverband der bäuerlichen Wirtschaft zu integrieren: „bäuerliche Arbeiter [...] stehen zwar in bezug auf die Stärke ihrer Bindung an den Hof erheblich hinter der bäuerlichen Familie zurück, sind jedoch, zumindest in den Hauptgruppen, so fest und vielseitig mit ihm verwachsen, daß es fast einer begrifflichen Vergewaltigung gleichkommt, sie der Kategorie ‘Arbeiter’ zuzuordnen, die durch Kapitalismus und Industrialismus einen Inhalt erhalten hat, der für die Verhältnisse in der Landwirtschaft nicht paßt. Die bäuerliche Hofgemeinschaft ist im Gegensatz zur städtischen Betriebsgemeinschaft nicht nur Arbeits-, sondern Lebensgemeinschaft im echten Sinn des Wortes. [...] Die Besonderheit kommt zunächst darin zum Ausdruck, daß der bäuerliche Arbeiter bäuerlicher Mensch ist wie der Bauer. [...] So reicht der Begriff ‘bäuerlicher Mensch’ weit über den eigentlichen Bauern hinaus bis tief in den Kreis der bäuerlichen Arbeiter hinein“ (Bente 1937). Diese Utopie der nationalsozialistischen Bauernschaftsideologie, die Klassengegensätze auf dem Lande egalisieren zu können, gipfelte in durchaus ernst gemeinten Vorschlägen, statt der sozial diskriminierenden Bezeichnungen „Dienstknecht“ und „Dienstmagd“ die Titel „Bauernmann“ und „Bauernmaid“ als Ausdruck schollenfester Landbevölkerung zu wählen. Doch sie scheiterte bereits 1937, als mit den wirtschaftspolitischen Folgen des Vierjahresplans die Abwanderung vom Land dramatische Ausmaße annahm.



Nun wurde immer deutlicher, dass das Arbeitskräfteproblem in der agrarischen Produktion nur vorübergehend mit den Mitteln der

Arbeitsmarktregulierung und der ideologischen Beschwörung des Landvolkes „in seiner ursprünglichen starken natürlichen Fruchtbarkeit

bis in die heutige Zeit [...] als der Blutsquell des deutschen Volkes“ zu lösen war. Schon im Laufe des Jahres 1936, mit dem Einsetzen des Vierjahresplans und der Steigerung rüstungsrelevanter Güterproduktion, zeigten sich erste gravierende Engpässe in der Verfügbarkeit von Arbeitern in der Bau- und Metallindustrie, die durch „arbeitszeitbereinigte“ Produktivitätssteigerungen nach der Modernisierungsphase 1935/36 nur noch begrenzt aufzufangen waren. Die Intensivierung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den für die Rüstungspolitik wichtigen Industriebranchen (vgl. Hachtmann 1989) vor allem im Kasseler Raum bedeutete mit dem wachsenden Arbeitskräftebedarf und den einsetzenden Interventionen in den Arbeitsmarkt auch das Entstehen eines in diesem Ausmaß erstmals greifenden Sogs der Industrialisierung, der nachhaltige Veränderungen der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung zur Folge hatte (Willeke 1941).

Die Arbeitsmarktregulierung zugunsten der rüstungsrelevanten Industriezweige bedingte unter anderem die Herabsetzung des Einstellungsalters, und der Sog der Industrialisierung erfasste damit auch die jüngeren Altersgruppen, die bisher noch darauf angewiesen waren, sich als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zu verdingen.

Die Wanderungsbewegung betraf somit nun auch die ledigen Dienstboten: die ländliche Arbeiterfrage wurde zunehmend zu einer Gesindefrage. Die Abwanderung in die Industrie war vor allem in den Jahren seit 1936 stark angestiegen (Siebrecht 1939); bis 1938 waren in Südwestdeutschland 23,8 %, in Westfalen 17,7 % weniger landwirtschaftliche Arbeitskräfte vorhanden, lediglich Sachsen hatte eine Zunahme von 9 % zu verzeichnen.

Die höchsten Abwanderungsraten familienfremder landwirtschaftlicher Lohnarbeitskräfte hatte jedoch Hessen zu verzeichnen, hier waren nach Zählung des Landesarbeitsamtes 29,9 % der Beschäftigten aus der Landwirtschaft ausgeschieden. Hier schlug nun die außerordentlich zögerliche Öffnung für arbeitsrechtliche und tarifpolitische Fragen der Landarbeit und das Beharren in der Gesindearbeitsverfassung negativ zu Buche; bis auf die größeren Gutsbetriebe, in denen ständige, d.h. kontraktlich gebundene Landarbeiter vorhanden waren,

überwog der Gesindeanteil in der Landarbeiterschaft deutlich, er betrug in Hessen 1933 68,2 % gegenüber 54,7 % im Reichsgebiet und lag im Regierungsbezirk Kassel sogar bei 71,3 %, in Oberhessen bei 74,9 %.

Die Folgen schreckten auf. 1937 wurde ein erster Rückgang im Produktionsvolumen festgestellt und in einem Bericht über den Kreis Marburg so interpretiert, dass „zunehmende Leutenot und abnehmende Viehzahl parallel laufen, allerdings mit einer Verlagerung des Rindvieh- und Schweinehöchstbestandes um 1 - 2 Jahre nach dem Einsetzen der stärksten Leutenot“ (Bericht von Löhlein, Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Marburg über die „Landflucht im Gau Kurhessen“, zit. n. Willeke 1941).

Neben den Extensivierungserscheinungen machte sich darin vor allem auch die physische Überbeanspruchung der verbliebenen Arbeitskräfte und der Familienmitglieder bemerkbar, jener (wie es die zeitgenössische Verwaltungssprache beschreibt) „erhebliche Eingriff in die Arbeitsleistungssubstanz durch Überarbeit“, der vor allem zu Lasten der Bäuerin ging (dazu Jacobeit 1979/1980/1983) und durch die Anstellung ausländischer Landarbeiter nur in begrenztem Umfang aufgefangen werden konnte (1938 waren im Landesarbeitsamtsbezirk Hessen 1.152 ausländische Gesindearbeitskräfte und 1.855 Wanderarbeiter, vor allem Italiener, registriert).

Die Diskussion gerade der Landfluchtfrage hat einen Prozess der Umorientierung in der Agrarpolitik in Gang gesetzt, der mit einem zunehmenden Machtverlust der Agrarideologen die Anpassung der Landwirtschaft an die Dynamik der industriellen Produktion einforderte und einen nachhaltigen Mechanisierungsprozess einleitete – jene Modernisierung der Agrarproduktion, die als „Aufrüstung des Dorfes“ umfassende wirtschaftliche Akzente setzte, ja ökonomische Zweckmäßigkeit anstelle der Ideologie zum Leitfaden der Wirtschaftspolitik machte. Es war zugleich die Absage an den Mythos vom bodenständigen Bauerntum, in dem auch der landwirtschaftliche Arbeiter seinen Platz im organischen Gefüge gefunden hatte.

Hartmut Quehl, Mitarbeiter des Rassenpolitischen Amtes, hatte 1938 in „Volk und Rasse“ einen Artikel über die Auslesewirkungen der Landflucht veröffentlicht, den Martin nicht nur wegen seines gerade laufenden Projektes aufmerksam gelesen haben dürfte; er scheint daraus auch unmittelbare Anregungen für seine eigene Arbeit abgeleitet zu haben. Im November 1939 führte Martin Untersuchungen in einem Kriegsgefangenenlager durch in der Absicht, seine *mundartlichen Kenntnisse einmal praktisch anzuwenden*, worüber er später in einem kleinen Artikel auch berichtete. Als Leutnant bei einer Landeschützenkompanie hatte er unter Benutzung der Wenkersätze polnische Kriegsgefangene auf ihre „Zugehörigkeit zum Volksdeutschtum“ überprüft. Der Bericht erschien in der Vierteljahresschrift der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Volkskunde, in deren Geleitwort Rosenberg die Verbindung von Rassenkunde, Vorgeschichte und Volkskunde apostrophierte. Auch in der organisatorischen Zusammenarbeit mit dem Amt für Rassenhygiene scheint Martin keinerlei Bedenken gehegt zu haben: als „Pflicht“ und „Dienst am Volke“ apostrophiert, setzte er sich in seinen nun zunehmend erweiterten Funktionen und Verantwortungsbereichen gerade für die Rassenhygiene ein. Er hat diese Aufgabe ernst genommen, gerade auch hinsichtlich der rassenhygienischen Projekte in der RAG Marburg. Als im April 1939 Zuwendungskürzungen für die „Fachgruppe Pfannenstiel“ (der Arbeitsgruppe für „Rassenhygiene“) drohten - was Martin *sehr unruhig* machte -, setzte er sich als Leiter der Dienststelle vehement für die Beibehaltung der Förderung ein.

Auch seine eigenen Reden, die er zur Popularisierung der Raumforschung hielt, lassen eine Identifikation mit der Aufgabe und eine Terminologie erkennen, die ganz dem Propagandastil der Parteireden entlehnt war; schon in der bereits zitierten Rede vor den Bürgermeistern der kleineren Städte im Kreis Frankenberg schlug er im November 1938 einen Ton an, der wohl bewusst kämpferisch klingen und wirken sollte und keine feineren Nuancierungen des Tenors erkennen lässt:

Es gilt, den deutschen Raum in einer den Notwendigkeiten von Volk und Staat entsprechenden Weise zu gestalten. Da wir, wie wohl allgemein bekannt ist, ein Volk ohne Raum sind, eingezwängt durch die Folgen des Versailler Schanddiktats; ohne Kolonien; gezwungen, im eigenen engen Raum ein starkes Volk zu ernähren, sind wir darauf angewiesen, un-

seren Volksboden so auszunützen, dass das Bestmögliche herausgeholt wird. [...] Auf allen Gebieten der Kultur zeigten sich die zersetzenden Wirkungen [der] Verstädterung, die von artfremden Kräften, die Geld und Presse in der Hand hatten, gefördert wurde. Auf politischem Gebiet hat der Nationalsozialismus diesen liberalen Zeitgeist überwunden, aber auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet ist der Kampf noch in vollem Gange und wird noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Die gestaltenden Kräfte, die uns für diesen Kampf zur Verfügung stehen, müssen aus dem Lande kommen, denn der entwurzelte Geist des Städtertums hat uns ja gerade in diese Lage hineingeführt. Die Kräfte des Landes und seines Volkes müssen wieder voll entwickelt werden. Aus dem Bauerntum, dem mit ihm verbundenen Arbeiter- und Handwerkertum, muss die deutsche Aufartung, die die zivilisatorische Entartung beseitigt, hervorstechen. Die Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumordnung und Raumforschung hat also den Sinn, eine aus Idee und Gestalt des Nationalsozialismus geborene Kampforganisation gegen die Wirkung, Ideen und Denkformen des verstädterten artfremden Ungeistes zu sein (Eur.Ethn., Fasz. 2: Vortrag in Frankenberg, November 1938, Typoskript).

Mit dieser Bereitschaft zur „praktischen Anwendung“ war Martin also schon 1938 vorbereitet für den Projektauftrag zur Planung der „Ostsiedlung“; in einem Schreiben vom 14. November 1941 an den stellvertretenden NSDAP-Gauleiter Solbrig in Kassel hob er denn auch stolz diesen Auftrag hervor, der ihm *als dem Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Universität Marburg/Lahn* anvertraut worden sei: die *Bearbeitung einer Schätzung für die Ostsiedlung für den Reg.Bez.Kassel* vorzunehmen. Da er *größten Wert* darauf lege, *daß die Gauleitung über die Fortschritte, die Methode, usw. dieser Untersuchungen auf dem Laufenden ist und bleibt*, lud er sie zu einem Gesprächs- und Besichtigungstermin nach Marburg ein.

Martin scheint zwar, wie aus Briefen seiner Schüler hervorgeht, über die ständig zunehmende und ihn von sprachwissenschaftlichen und volkskundlichen Studien abhaltende Belastung durch die Planungsarbeiten öfter geklagt zu haben; das aber hat er offensichtlich nicht als Anstoß zur Reflexion seiner Arbeit verstanden, und es hat ihn auch nicht davon abgehalten, sich weiterhin in zusätzliche organisatorische Aufgaben einbinden zu lassen.

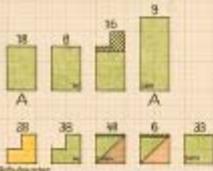
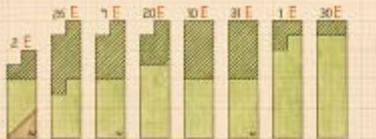
Wenkbach / Wunschbild Kreis Marburg

Es werden benötigt:

zur Aufstockung der landw. Betriebe 45,00 ha
zur Umwandlung von Pacht in Eigentum 1,62 ha
46,62 ha

Freiwerdender Umsiedlerbesitz 34,41 ha
Freiwerdendes Pachtland der Siedler 1,19 ha
- " - Arbeiterland, Eigentum 2,55 ha
- " - Pachtland der Arbeiter 2,94 ha
- " - Land aus Auflösungsbetrieben 5,81 ha
46,90 ha

In den Gemeindestock 0,28 ha
46,62 ha

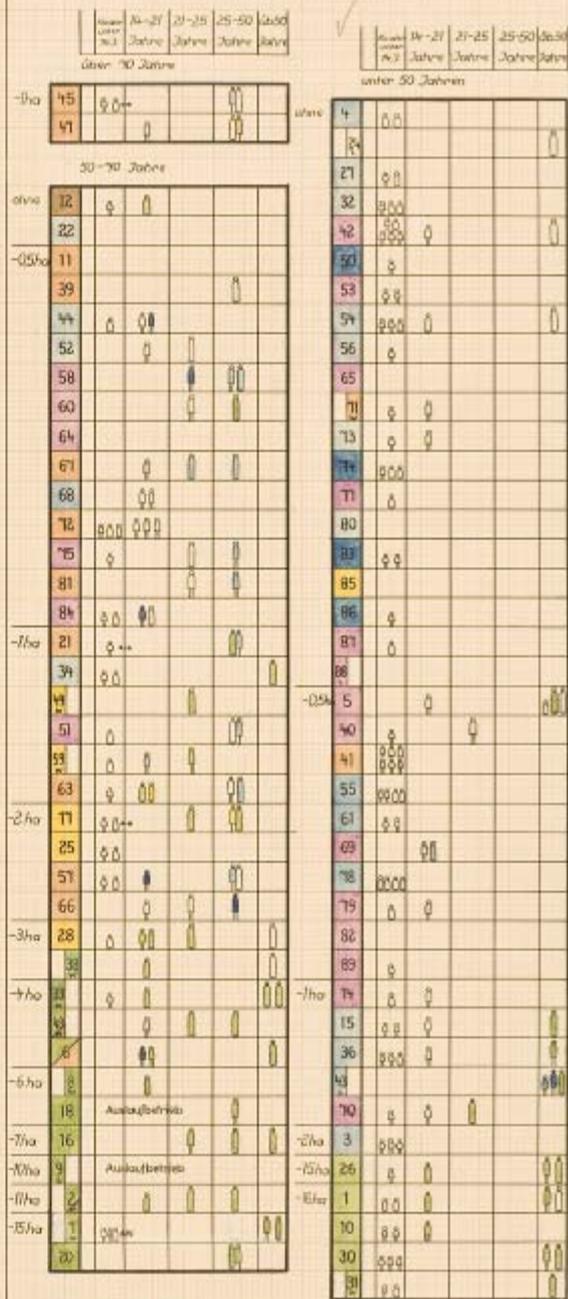


Es siedeln um: 9 Familien
= 29 Erwachsene (üb. 14 J.)
12 Kinder

Fläche	Wohnfläche	Exp. Fläche	Pacht
35	I	1 9 14	6,91
13	I	- 6 7	5,38
23	I	1 7 9	3,00
29	I	- 7 5	4,49
16	I	- 6 9	4,84
31	I	- 7 6	3,32
62	I	- 5 5	3,08
19	I	- 3 4	1,88
76	I	- - -	-

Sie lassen zurück: 34,41 ha Eigentum
1,19 ha Pachtland

Bevölkerungsstand nach der Aussiedlung



- Eigentum
- Pacht
- Aufstock.
- Landwirt
- Gewerbe
- Handwerk
- Öffentl. Dienste
- Angestellte
- Arbeiter
- Richter
- W. Witwe
- Mm. Mütter
- L. Ledige
- Lm. Ledigen
- W. Witwe
- Mm. Mütter
- L. Ledige
- Lm. Ledigen

Februar 1944
Aufgestellt im Vertriebsbüro des Reichswirtschaftsministeriums

1942 bis 1945 war Bernhard Martin als stellvertretender Dozentenführer im NS-Dozentenbund tätig, und er wusste pflichteifrig die Ge-

legenheiten mitzuteilen, wenn er Vertretungsvollmachten wahrzunehmen hatte; im April 1943 etwa teilte er dem Rektor der Universität

mit, er vertrete nun für vierzehn Tage als Gau-
dozentenbundesführer i.V. den wegen "wissen-
schaftlicher Untersuchungsfahrt in die
Westbeskiden" abwesenden Professor Kester-
mann (StAMR Best. 305a, acc. 1992/55, 4348,
Fol. 34: Schreiben des NSDAP-Gau-
dozentenbundesführer i.V. Martin an den Rektor der
Universität vom 7.4.1943). Wenn sich auch
aus diesen kursorischen Exzerpten sicherlich
noch kein abschließendes Gesamtbild der Per-
sonen- und Institutionengeschichte der wäh-
rend des Nationalsozialismus von Martin ge-
prägten volkskundlichen Forschung in Mar-
burg ergibt, so ist darin doch zu erkennen, dass
seine fleißige, fast penible, aber kaum eigen-
ständige oder gar reflektierende Beschäftigung
mit der Volkskultur, seine emotional aufgelade-
ne Heimatverbundenheit und sein ausge-
prägter, auf wissenschaftliche und zunehmend
auch auf politische Anerkennung und Reputa-
tion bedachter Ehrgeiz von den politischen
Führungsinstanzen erkannt und instrumentali-
siert wurden. Martin und sein Kurhessisches
Landesamt lassen sich sicherlich als ein an-
schauliches Beispiel verstehen, wie nationalso-
zialistische Einflussnahme auf die Universität
eingeleitet und institutionalisiert werden konn-
te und Wissenschaft sich funktionalisieren ließ.

Im April 1945 entlassen und vom 5. April
1945 bis 12. Juni 1946 interniert, wurde Martin
in einem erstaunlich glatten Spruchkammer-
verfahren als Mitläufer (Kategorie IV) einge-
stuft; 1950 wurde er als Verwalter einer Assis-
tentenstelle mit Genehmigung der Landesmili-
tärregierung wieder in den Universitätsdienst
eingestellt (HStAWI, Abt. 527/II, Nr. 6239:
Vorgang des Landespersonalamts 1950).
Martin war also persönlich recht glimpflich
davongekommen; was aber blieb und lange
nachwirkte, war der unausgeräumte Ruch des
Faches Volkskunde, der NS-Volkstums-
ideologie willfährige Handlangerdienste ge-
leistet zu haben. Martin selbst hat nichts dazu
beigetragen, diese Verstrickung zu reflektieren,
ja er hat - und dies lässt noch im Nachhinein
seine fast naive Vertiefung in Beschreibung
und Pflege der Volkskultur erkennen - auch
nach dem Krieg die alten Themen ohne reflek-
tierende Auseinandersetzung weitergeführt:
sein Buch über die Namengebung der Kartoffel
konnte nun endlich erscheinen, und in seiner
Schriftenreihe der Beiträge zur Volkskunde
Hessens erschienen Monographien zu hessi-
schen Trachten. Als Walter und Hildegard
Gutjahr recht bald nach dem Ende des Zweiten
Weltkrieges im Rahmen der Jugendarbeit im

Kreis Marburg die Volkstanz- und Trachten-
pflege aufbauten, wirkte Martin als wissen-
schaftlicher Berater - dass dieses Engagement
zunächst einmal eine Reflexion der „ange-
wandten Volkskunde“ im Dritten Reich vor-
ausgesetzt hätte, scheint ihm offensichtlich
nicht bewusst geworden zu sein. Für seine
„Förderung und aktive Unterstützung der
Trachtenarbeit in zahlreichen hessischen
Trachtengruppen“ wurde ihm 1975 sogar das
Bundesverdienstkreuz verliehen.

Die Umsiedlungspläne sind nur beschränkt
verwirklicht worden. Untersucht werden müss-
te noch, inwieweit die Bevölkerung in den
erfassten Dörfern wie Wenkbach überhaupt
informiert war über die geplanten Umsiedlun-
gen, und auch, inwieweit diese als Anerken-
nung und Auszeichnung (nämlich der Aussicht
auf eine ertragsfähige Siedlerstelle) oder als
politische Repressalie und Druckmittel emp-
funden wurden. Sie zeigen immerhin, dass die
großangelegten raumpolitischen Planungskon-
zepte nicht leere Programmatik waren, sondern
bis auf die Ebene lokaler Strukturen sehr kon-
krete Maßnahmen vorbereiteten, die bei länge-
rer Kriegsdauer auch die Bevölkerung in den
Dörfern der Marburger Landschaft nachhaltig
betroffen hätte. Die Konzepte der systemati-
schen Raumordnung im Nationalsozialismus
hatten deutlich vor dem Kriegsbeginn das frü-
he ideologische Stadium der Reagrarisierung
und Dezentralisierung verlassen und Bevölke-
rungsverschiebungen in einem riesigen Aus-
maß vorbereitet.

Umgesetzt aber wurde in großem Umfang
die Zwangsarbeiterverschleppung, die ja auch
einer Freisetzung des benötigten Siedlungslan-
des in Osteuropa dienen sollte und zudem ei-
nen weiteren, mit dem Kontext der Land-
fluchterhebung und der Raumplanung eng
verbundenen wirtschaftspolitischen Zweck
erfüllte: das totalitäre System schuf sich in der
Kriegswirtschaft eigene Mittel, um die land-
wirtschaftliche „Erzeugungsschlacht“ zu
schlagen. Tausende von Zwangsarbeitern sind
anstelle der Maschinen auf die Äcker geschickt
worden, ausgebeutet als Menschenmaterial,
das billiger war als einheimische Landarbeiter
und ohne deren Anspruch, an den „Erzeugnis-
sen der Zivilisation“ teilhaben zu dürfen (dazu
Seeber 1964; Pfahlmann 1968; Gerstein 1988;
Brandes 2005).

Auch diese Thematik sollte dringend für die
Ortsteile der Gemeinde Weimar aufgearbeitet
werden.

Der vorliegende Beitrag kann nur erster Hinweis auf die Erfassung Wenkbachs als Typengemeinde und ihren institutionellen Hintergrund sein; es besteht dazu noch weiterer Forschungsbedarf, insbesondere auch hinsichtlich des kommunikativen Gedächtnisses. Für Hinweise aus Wenkbach, wer sich noch an die statistischen Erhebungen vor Ort erinnert und seine Erinnerungen mitteilen möchte, wäre ich daher sehr dankbar.

Quellen und Literatur: BA Berlin: Bundesarchiv, Abt. Reichsarchiv, Berlin: Bestände NS 8/264, Fol. 50-57, NS 8/267, Fol. 21-25; NS 15/102. – HStAWI: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden: Bestände Abt. 483, Nr. 4647a; Abt. 520/MSt Neuabl. Nr. 12; Abt. 527/II, Nr. 6239. – StAMR: Hessisches Staatsarchiv Marburg: Bestände 305a (Acc. 583 und 1992/55, Nr. 4348, 1-2); 307d (Acc. 1974/17; Nr. 114); 310 (Acc. 1992/55; Nr. 6317); 180 LA Marburg (Acc. A 1959); 3809. – Eur.Ethn.: Archiv des Instituts für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft der Universität Marburg: Bestände Kurhessisches Landesamt für Volkskunde, Fasz. Raumforschung 1-3; Nachlässe, Nekrologe. – Barkai, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936. (Bibliothek Wissenschaft und Politik 18) Köln 1977. – Becker, Siegfried: Bernhard Martin und die deutsche Volkskunde in Marburg 1934-1945. In: Kai Köhler, Burghard Dedner, Waltraud Strickhausen (Hrsg.): Germanistik und Kunstwissenschaften im „Dritten Reich“. Marburger Entwicklungen 1920-1950. (Academia Marburgensis 10) München 2005, S. 99-141 (mit weiteren Quellen- und Literaturnachweisen). – ders.: Volkswundliche Forschung in Waldeck und im Frankfurter Land 1920-1945. Zur Rolle von Bernhard Martin (1889-1983) für die Instrumentalisierung von Wissenschaft und Heimatkunde im Nationalsozialismus. In: Geschichtsblätter für Waldeck, 93, 2005, S. 139-162. – Bente, Hermann: Landwirtschaft und Bauertum. Eine Einführung in die deutsche Agrarpolitik. Berlin 1937. – Brandes, Karin u.a.: Zwangsarbeit in Marburg 1939 bis 1945. Geschichte, Entschädigung, Begegnung. (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 80) Marburg 2005. – Fahle, Günter: Nazis und Bauern. Zur Agrarpolitik des deutschen Faschismus 1933 bis 1945. (Pahl-Rüggenstein-Hochschulschriften Gesellschaft und Naturwissenschaften 218) Köln 1986. – Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944. Hamburg 1999. – Gerstein, Susanne Maria: Die polnischen Fremdarbeiter im Landkreis Marburg während des Zweiten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft. mschr. Marburg 1988. – Grundmann, Friedrich: Agrarpolitik im „Dritten Reich“. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes. (Historische Perspektiven 14). Hamburg 1979. – Gümbel, Annette: „Volk ohne Raum,“. Der Schriftsteller Hans Grimm zwischen nationalkonservativem Denken und völkischer Ideologie. (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 134) Darmstadt/Marburg 2003. – Hachtmann,

Rüdiger: Industriearbeit im „Dritten Reich“. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933-1945. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 82) Göttingen 1989. – Heinemann, Isabel: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. (Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 2) Göttingen 2003. – dies. und Patrick Wagner (Hrsg.): Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2006. – Jacobeit, Sigrid: Arbeits- und Lebensbedingungen der Bäuerin in Klein- und Mittelbetrieben. Ein Beitrag zur Lebensweise der Frau auf dem Lande in der Zeit der faschistischen Diktatur des Deutschen Imperialismus 1933-1939. Diss. Berlin 1979. – dies.: Zur Lebensweise der Frauen in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben Deutschlands während der Zeit des Faschismus 1933-1939. In: Acta Museum Agriculurae 16, 1980, S. 19-23. – dies.: Zum Alltag der Bäuerinnen in Klein- und Mittelbetrieben während der Zeit des Deutschen Faschismus 1933 bis 1939. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1, 1982, S. 7-29. – dies.: Die Stellung der werktätigen Bäuerin in der faschistischen Ideologie 1933-1939. Realität und Manipulation. In: Jahrbuch für Geschichte 27, 1983, S. 171-199. – Jacobeit, Wolfgang, u.a. (Hrsg.): Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien/Köln/Weimar 1994. – Meyer, Konrad (Hrsg.): Volk und Lebensraum. Forschungen im Dienste von Raumordnung und Landesplanung. ((Beiträge zur Raumforschung und Raumordnung 1) Heidelberg/Berlin/Magdeburg 1938, darin S. 521-526: Universität Marburg (Leiter: Prof. Dr. Martin). – Münk, Dieter: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches. Bonn 1993. – Nagel, Anne (Hrsg.): Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte. (Pallas Athene, Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 1) Stuttgart 2000. – Pfahmann, Hans: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Darmstadt 1968. – Schindler, Ludwig: Die Neubildung deutschen Bauerntums in Kurhessen. Diss. Marburg 1938. – Schmitz-Berning, Claudia: Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin/New York 2000. – Seeber, Eva: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939-1945). Berlin 1964. – Siebrecht, S.: Die hessische Wirtschaft im Umbau. Strukturwandlungen von Wirtschaft und Arbeitseinsatz. In: Rhein-Mainische Wirtschaftszeitung 8/10, 1939. – ders.: Der Umfang der Landflucht im hessischen Wirtschaftsgebiet. In: Ebd., 19, 1939. – Willeke, Eduard: Kurhessen und Hessen-Nassau. In: Meyer, Konrad und Klaus Thiede (Hrsg.): Die ländliche Arbeitsverfassung im Westen und Süden des Reiches. Beiträge zur Landfluchtfrage. (Die ländliche Arbeitsverfassung 1) Heidelberg/Berlin/Magdeburg 1941, S. 125-154.



Nostalgie pur aus dem Jahr 1965 – die Aufnahme zeigt die B3 oberhalb des Waldschlösschens mit den blühenden Kastanienbäumen. Jeder dieser Bäume hatte einen Durchmesser von fast 1 m. Sie wurden in den 70er Jahren im Rahmen der Straßenverbreiterung abgeholzt (Text und Foto: Günther Klein)

**Einsendungen von Beiträgen und Materialien für die „Heimatwelt“ werden erbeten
an die Redaktion:**

**Gemeindearchiv, Alte Bahnhofstraße 31, 35096 Weimar (Lahn)
Hans Schneider, Niederweimar, Zur Kirche 2, 35096 Weimar (Lahn)**